

PRIF 2022

JAHRESBERICHT



Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für
Friedens- und Konfliktforschung

PRIF 2022

JAHRESBERICHT



Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für
Friedens- und Konfliktforschung



8

Ordnung schaffen im Chaos eines Bürgerkriegs

Regine Schwab untersuchte in ihrer Dissertation, wie verschiedene Rebellengruppen im syrischen Bürgerkrieg kooperierten, und erhielt dafür den Christiane-Rajewsky-Preis.



Überblick

4	Editorial
6	Das war 2022
12	Publikationen Highlights 2022
18	Wir sind PRIF
30	Förderer
36	Weltweit vernetzt
38	Organigramm
43	Budget und Bibliothek
44	Unser Team
53	Impressum

20

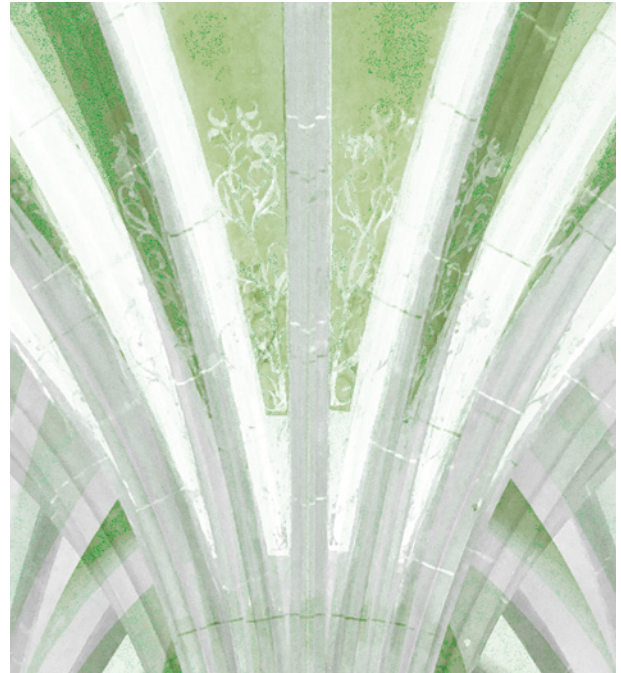
Transformationen politischer Gewalt

Das Forschungszentrum TraCe untersucht, ob und wie sich Formen von politischer Gewalt verändern – zum Beispiel im Krieg zwischen Russland und Ukraine.

14

Im Dialog mit der Praxis

Das PrEval-Projekt bringt Wissenschaft und Fachpraxis zusammen, um Evaluation in der Extremismusprävention, politischen Bildung und Demokratieförderung zu stärken. Julian Junk berichtet von Erfahrungen aus dem Projekt.



25

Gerechtigkeit, Macht, Protest



Im Profil: Irene Weipert-Fenner forscht zu Reformkonflikten in Ägypten und Tunesien. Im Interview spricht sie über Gerechtigkeitsvorstellungen, Machtkämpfe und Unterschiede zwischen Regimetypen.

32

Gender, Diversität, Konflikt

Was ist eigentlich feministische Friedensforschung? Was verspricht eine feministische Außenpolitik und unter welchen Bedingungen kann sie gelingen? Simone Wisotzki gibt Auskunft aus der Forschung.

40

Einsatz für den Frieden?

Welche Lehren sollten wir aus Auslandseinsätzen wie in Mali und Niger ziehen? In einer Studie für den Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung gehen Antonia Witt und Simone Schnabel genau dieser Frage nach.



46

Inseln der Kooperation suchen

Was passiert, wenn Staaten internationale Institutionen verlassen? Ist die Zusammenarbeit für immer gescheitert? Das Forschungsprojekt *Drifting Apart* hat fünf solcher Dissoziationsprozesse analysiert.

50

Wie wirken Sanktionen?

Das Friedensgutachten 2022 beleuchtet die Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs und diskutiert Maßnahmen, um den Krieg zu beenden – unter anderem die umfangreichen Sanktionen gegen Russland.

EDITORIAL

Ja, Sie haben richtig gesehen, wir haben ein neues Logo. Eigentlich war das schon zum 50. Jubiläum vor zwei Jahren geplant, aber die Pandemie und ihre Folgen kamen dazwischen.

Nun ist es aber so weit: Als PRIF – Peace Research Institute Frankfurt werden wir zukünftig die Ursachen globaler Krisen und Konflikte erforschen. Einen deutschen Institutsnamen haben wir nicht aufgegeben, aber vereinfacht. Wir firmieren nunmehr als PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung. Der Jahresbericht ist die erste Publikation, in der wir mit dem neuen Logo auftreten. Wir haben die Gelegenheit genutzt und auch den Bericht neu konzipiert. Er bietet noch vielfältigere Einblicke in Forschung und Transfer und er genügt mehr als zuvor neben den analogen auch den digitalen Lesebedürfnissen.

Der russische Angriff auf die Ukraine war das bestimmende Thema unserer Arbeit im vergangenen Jahr. Mehr als je zuvor waren unsere Analysen und Einordnungen öffentlich gefragt. In einer Vielzahl von Medienbeiträgen, Analysen und Veranstaltungen haben wir die verschiedenen Phasen des ersten Kriegsjahres begleitet. Aus unserer Forschung konnten wir Impulse für die Debatten über Sanktionen, Waffenlieferungen, Eskalationsrisiken und die Hindernisse für Verhandlungslösungen setzen. Gemeinsam mit den Kolleg*innen anderer Friedensforschungsinstitute verdeutlichten wir in

unserem Friedensgutachten 2022, wie schwierig der Weg hin zu einem Frieden sein würde – und nach wie vor ist – und wie wichtig es zugleich ist, sich bereits in Kriegszeiten auf den Frieden vorzubereiten.

PRIF profitiert dabei von der Vielfalt der inter- und transdisziplinären Perspektiven am Institut und von der Bereitschaft der Kolleg*innen, ihr Wissen und ihre Energie in die Politik- und Gesellschaftsberatung zu diesem Krieg einzubringen. Wir möchten allen an dieser Stelle für ihren herausragenden Einsatz im zurückliegenden Jahr danken, der weit über das erwartbare Maß hinausging. Denn es waren und sind nicht immer einfache Botschaften, die sich aus unseren Analysen ableiten, und mehr als sonst haben uns auch sehr kritische Rückmeldungen erreicht.

In der Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine wurden wichtige außen- und sicherheitspolitische Vorhaben vorangebracht bzw. unter neuen Vorzeichen fortgeführt. So entstand seit 2022 erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie, an deren Entwicklung wir uns als Expert*innen intensiv beteiligt haben. Gleiches gilt für die Leitlinien für eine feministische Außenpolitik, die Anfang 2023 beschlossen wurden. Bereits seit Jahren betonen wir aus unserer Arbeit die große Bedeutung geschlechtsspezifischer Perspektiven in der Außen- und Sicherheitspolitik und wir werden

dieses Thema auch weiterhin als einen Schwerpunkt behandeln. Schließlich brachten wir uns auch in Konsultationen und Diskussionen über das geplante Gesetz zur Rüstungsexportkontrolle ein.

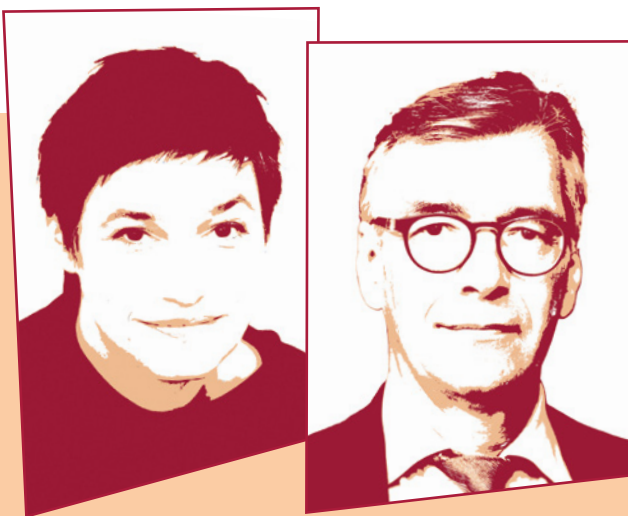
Auch wenn 2022 auf den ersten Blick vor allem durch Wissenskommunikation geprägt war, wurden wichtige Grundlagenforschungsprojekte auf den Weg gebracht. Das durch das BMBF geförderte und durch PRIF koordinierte Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ nahm seine Arbeit auf und erwies sich als wichtiger Reflexionsrahmen auch für die Herausforderungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Gleiches gilt für das ebenfalls in diesem Jahr gestartete Verbundprojekt „CBWNet“, welches sich mit der Stärkung von Normen gegen Chemie- und Biowaffen befasst.

Selbstverständlich haben wir auch die Konflikte jenseits des Russland-Ukraine-Kriegs nicht aus dem Auge verloren und immer wieder darauf hingewiesen, dass diese nicht vergessen und vernachlässigt werden dürfen. Mit dem Kompetenznetzwerk „African Non-military Conflict Intervention Practices“ verfügen wir über ein Netzwerk für die gemeinsame Forschung mit Partnern in Afrika,

durch das wir insbesondere die Rolle von Regionalorganisationen in staatlichen und innerstaatlichen Konflikten besser verstehen können. Sowohl der eskalierende Bürgerkrieg in der Tigray-Region als auch die instabile Lage in westafrikanischen Staaten verdeutlichen, wie aktuell und relevant diese Forschungen sind.

Der Weltlage zum Trotz hielt 2022 auch eine Reihe erfreulicher Nachrichten und Erfolge bereit. Harald Müller, der das Institut lange Jahre leitete und prägte, erhielt das Bundesverdienstkreuz. Jonas Wolff folgte dem Ruf auf eine Professur für Politikwissenschaft an der Goethe Universität und wird PRIF dadurch hoffentlich lange erhalten bleiben. Simone Wisotzki schloss erfolgreich ihr Habilitationsverfahren ab. Regine Schwab wurde für ihre Dissertation mit dem Christiane-Rajewsky-Preis gewürdigt. Schließlich verlieh PRIF erstmals selbst einen Preis für Schüler*innen aus Hessen, der von nun an alle zwei Jahre ausgelobt werden soll.

Wir freuen uns, wenn Sie diese und weitere Themen, die wir in diesem Jahresbericht vorstellen, vertiefen möchten und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
und Prof. Dr. Christopher Daase,
Geschäftsführung

DAS WAR 2022

PRIF IN DEN MEDIEN

330 

Interviews, Gastbeiträge und Meldungen von und mit PRIF-Forscher*innen

44 

unterschiedliche Wissenschaftler*innen waren in den Medien vertreten

142 

unterschiedliche Medien und Kanäle, davon 100 in Deutschland und 42 international

PUBLIKATIONEN



PRIF Blogs
85



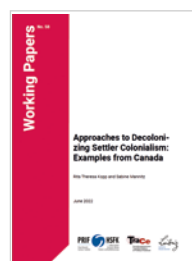
PRIF Reports
15



Monografien
2



PRIF Spotlights
12

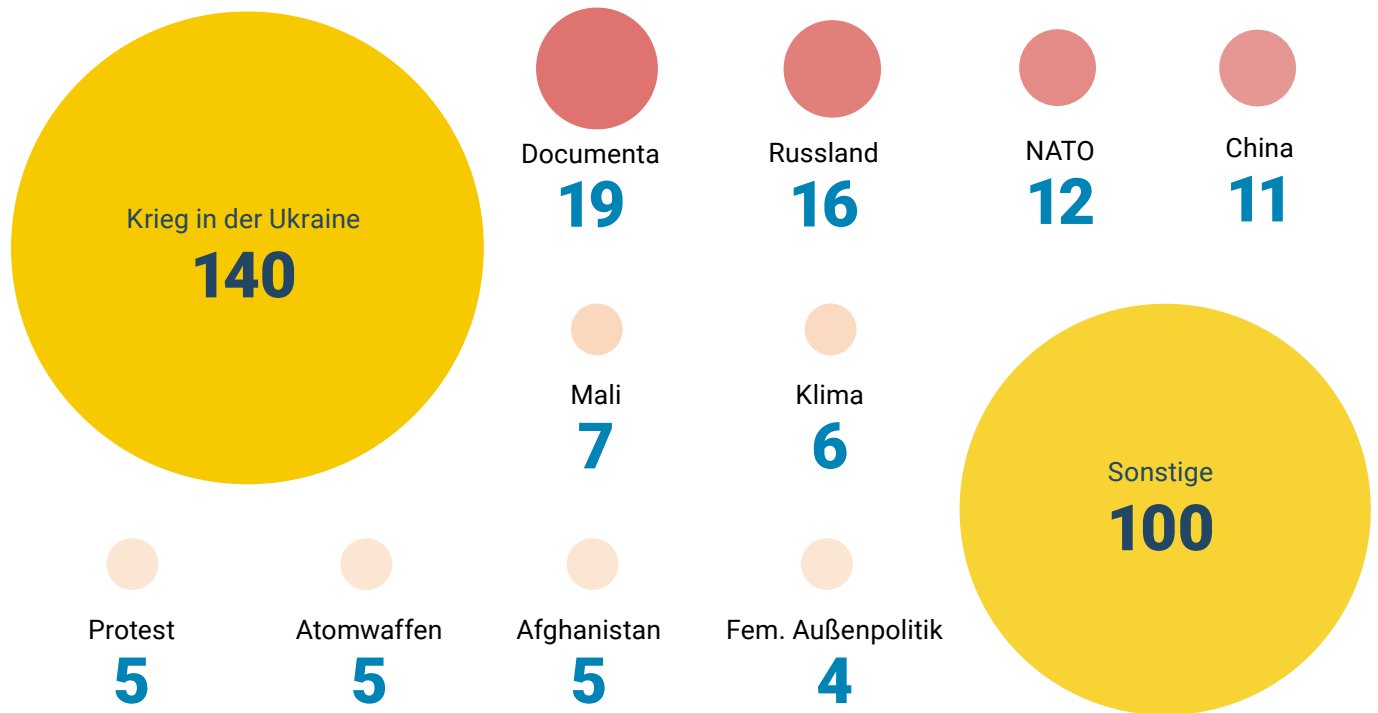


PRIF Working Paper
2



Artikel in Zeitschriften
47

TOP THEMEN IN DEN MEDIEN



LEHRVERANSTALTUNGEN



Herausgeberschaft von
Sammelbänden

6

JAHRESKONFERENZ

ConTrust: Friedenspolitik und Vertrauen
im Konflikt

23. Mai 2022, Frankfurt/Main

Vertrauen ist eine zentrale und doch häufig unterschätzte Ressource in den internationalen Beziehungen. Das Projekt ConTrust, eine gemeinsame Forschungsinitiative zwischen PRIF und Goethe-Universität Frankfurt, untersucht, unter welchen Bedingungen Vertrauen gerade auch in Konflikten aufgebaut werden kann.

Die PRIF-Jahreskonferenz 2022 am 23. Mai stellte das Thema Vertrauen in den Mittelpunkt und diskutierte sein Verhältnis zur Friedenspolitik aus einer Vielzahl von Perspektiven.

DISSERTATION AUSGEZEICHNET

ORDNUNG SCHAFFEN **im Chaos** EINES BÜRGERKRIEGS

“Let’s fight each other another day.” How armed opposition groups managed challenges to cooperation and postponed conflict in Syria’s multi-party civil war (2012-2019) – für ihre Dissertation wurde Regine Schwab 2022 mit dem Christiane-Rajewsky-Preis ausgezeichnet.

Über 1000 verschiedene Rebellengruppierungen kämpften im syrischen Bürgerkrieg gegen die Regierung und oft auch gegeneinander. Eine auf den ersten Blick kaum zu durchdringende, chaotische und hochgradig gewalttätige Situation. Sieben Jahre lang Krieg und Gewalt: ein anarchischer Kampf aller gegen alle? So beschrieb die Bürgerkriegsliteratur noch vor wenigen Jahren Multiakteursbürgerkriege wie in Syrien. Meist wurden



die Gewalt und der Kampf um Ressourcen der Rebellengruppen gegeneinander überbetont und ihnen wurde jede ideologische Zielsetzung abgesprochen. Man ging davon aus, dass ein Konflikt umso gewalttätiger wird, desto mehr Gruppen beteiligt sind. Ein anderer Zweig der Fachliteratur

identifizierte zwar rudimentäre Kooperationsformen zwischen einzelnen Gruppen, aber nur militärische und kurzfristige. Dieses Szenario des gewalttätigen Chaos wurde durch die Wissenschaft transportiert und von den Medien übernommen.

ANALYSETOOLS ENTWICKELN

Regine Schwab schien dieses Bild zu einfach. War es nicht wahrscheinlicher, dass die Rebellengruppen in den von ihnen besetzten Gebieten zumindest Ansätze von Struktur und Ordnung errichteten, dass es zwischen benachbarten Rebellengruppen Zusammenarbeit und Beziehungen gab, wenn auch vielleicht in sehr loser Form? In Handel, Rechtsprechung, im Gesundheitswesen oder wo auch immer? Und musste es nicht möglich sein, hier Muster zu erkennen und Kategorisierungen festzulegen, die auch auf Bürgerkriege anderer Länder anwendbar wären? Wenn diese Vermutung stimmen sollte, dann müsste es möglich sein, Tools zu entwickeln, mit denen sich analysieren ließe, welcher Art die Beziehungen sind. So könnte man herausfinden, wie diese Beziehungen entstehen, wann sie stabil sind und wann sie scheitern. Regine Schwab hatte ihr Forschungsthema für die nächsten Jahre gefunden. Sie fokussierte sich zunächst auf den Bürgerkrieg in Syrien,

lernte Arabisch. Sie analysierte Hunderte von Sekundär- und Primärdokumenten, bereiste für ihre Feldforschung die Grenzregion zwischen Syrien und der Türkei und führte zahllose Interviews mit Mitgliedern und Anführern von einflussreichen Rebellengruppen, zivilen Aktivist*innen, Angehörigen der lokalen Oppositions-Verwaltungen, humanitären Helfer*innen, Justizpersonal sowie mit sunnitischen Geistlichen in der Türkei und in Syrien.

ORGANISATION DES TÄGLICHEN LEBENS

Für ihre empirische vergleichend-analytische Studie setzte sie zwar ihren Schwerpunkt auf den syrischen Bürgerkrieg, nahm aber auch andere Konflikte und Kooperationen zwischen bewaffneten Gruppen aus anderen Teilen der Welt in den Blick. Schnell stieß sie nicht nur auf langfristige militärische Kooperationen, etwa gemeinsame Kommandozentralen, sondern auch auf weitere Zusammenarbeit im Governance-Bereich. Eroberte Gebiete mussten verwaltet und regiert werden, Gerichte wurden zusammen mit zivilen Akteuren gegründet, lokale Verwaltungsstrukturen geschaffen. Selbst in Nordwestsyrien, wo über die Jahre der ehemalige Al-Qaida Ableger Jabhat al-Nusra (Hayat Tahrir al-Sham) immer dominanter wurde, fand durchaus Zusammenarbeit mit anderen Gruppen





Alltag im Chaos: Ein Mann kauft Eier vor dem Fastenbrechen während des Fastenmonats Ramadan am Übergang Karaj Al-Hajez, einem Durchgang zwischen dem von den Rebellen kontrollierten Viertel Bustan al-Qasr und dem vom Regime kontrollierten Viertel Al-Masharqa in Aleppo, 18. Juli 2013. © picture alliance / REUTERS | MUZAFFAR SALMAN.

statt, wurde das gemeinsame Ziel, der Kampf gegen die Regierung, weiterverfolgt. Natürlich gab es auch immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen um Kontrolle und Macht. Diese wurden in der Regel jedoch durch lokale und religiöse Mediationspraktiken schnell beigelegt.

Eine wichtige erste Erkenntnis ihres Forschungsprojekts, die mittlerweile auch in der Fachliteratur (wieder) angekommen ist, zeigte, dass diese Gruppierungen durchaus ideologische Ziele haben, die ihre Handlungen bestimmen und lenken. Für die Bearbeitung und das Verstehen eines Konflikts sollten diese Ziele unbedingt ernst genommen werden, auch

wenn sie „von außen“ vielleicht vorgeschoben oder auch absurd anmuten.

VIELFÄLTIGE BEZIEHUNGEN

Eine nächste Frage, die für internationale Friedensbemühungen, aber auch für die lokale Bevölkerung höchst relevant ist, war die Frage nach der Einschätzung und Beurteilung der Beziehungen der jeweiligen Rebellengruppen zueinander. Zu einer ersten Kategorisierung identifizierte Regine Schwab drei Arten von Kooperation, die sich auch auf andere Konflikte übertragen lassen und noch ergänzt werden können: Die räumliche Dimension von Kooperation, also ist sie auf einen Ort beschränkt oder

auf mehrere, zweitens der Inhalt der Kooperation, also militärisch oder administrativ, judikativ oder exekutiv oder ökonomisch, und zum dritten diplomatische Kooperationen. Diese dritte Form spielte in Syrien keine große Rolle, aber durchaus in anderen Konflikten. So unterstützten sich im früheren Konflikt in Äthiopien verschiedene Gruppen gegenseitig im Ausland und warben füreinander oder in Myanmar schlossen sich verschiedene Gruppen zusammen, um mit der Regierung zu verhandeln.

Anhand dieser Klassifikation entwickelte Regine Schwab im nächsten Schritt eine Typologie, um in einem Multiakteurskonflikt verschiedene Bezie-

hungstypen herauszuarbeiten:

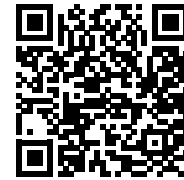
1. *Alignment* als sehr beschränkte zeitliche, inhaltliche und örtliche Kooperation, 2. *Allianz* als militärische Kooperation, die lokal nicht begrenzt ist, und 3. *Partnerschaft* als die engste Form von Beziehung, die an verschiedenen Orten in verschiedenen Bereichen stattfindet.

Der *Alignment*-Typ ist am weitesten verbreitet, da diese Beziehungsform am niedrigschwelligsten ist und deshalb sogar unter verfeindeten Gruppen vorkommt oder bei Gruppen, die für sehr unterschiedliche Ziele kämpfen. So gingen zum Beispiel die Kurden, denen es in erster Linie um Autonomie für ihr Gebiet ging, durchaus auch kurzfristige Kooperationen mit Gruppen ein, die die Regierung stürzen wollten.

HILFREICHE TYPOLOGIE

Diese Typologie hilft, die Interaktionsmuster in bewaffneten Konflikten zu verstehen und ist auch für internationale Frie-

densbemühungen interessant. Gerade in Konflikten mit militanten islamistischen Gruppen wie z. B. in Mali, Afghanistan, Libyen und im Jemen besteht oft der verständliche Wunsch, moderate Gruppen zu unterstützen, in der Hoffnung, dass diese den Kampf gegen militante Gruppierungen aufnehmen und sich langfristig durchsetzen. Diese moderaten Gruppen kooperieren aber in manchen Bereichen mit den radikalen Gruppen. Und hier ist der Beziehungsgrad unter Umständen entscheidend. Wie eng verflochten sind die Gruppen? Wenn es *Partnerschaften* sind, sind sie mitunter kaum klar zu trennen und Versuche, moderatere Gruppen zu unterstützen und als Partner aufzubauen, sind zum Scheitern verurteilt, auch wenn die ideologische Zielsetzung klar voneinander abweicht. Dann ist eine Trennung kaum möglich. Oder ist es „nur“ ein *alignment* oder ein kurzfristiges, vielleicht militärisches Bündnis, das nicht lange Bestand haben wird? Dann können eine Unterstützung und Kooperation sinnvoll sein.



DER PREIS

Der Christiane-Rajewsky-Preis wird jährlich von der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) für einen herausragenden Beitrag in der Frieden- und Konfliktforschung vergeben. Ausgezeichnet werden jeweils eine Masterarbeit und eine Dissertation.



Dr. Regine Schwab arbeitet heute als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Terrorismus“ und am Programmbereich „Transnationale Politik“.

Ihre weiterentwickelte Dissertation befindet sich bei einem angesehenen US-amerikanischen Universitätsverlag in Begutachtung.

PUBLIKATIONEN

Highlights 2022

THEORIEN DES FRIEDENS UND DES KRIEGES



Der zweite Band der kommentierten Bibliographie zur Theoriegeschichte des ehemaligen Leiters der Institutsbibliothek ist im Nomos-Verlag erschienen.

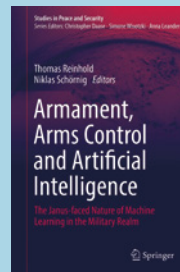
Nitz, Stephan: Theorien des Friedens und des Krieges, Bd. II:

1830-1890, Baden-Baden: Nomos, 2022.

RADIKALISIERUNG DURCH SOZIALE MEDIEN

Der Sammelband, herausgegeben von Julian Junk und anderen, untersucht die Inszenierung und die Mobilisierung rechter und islamistischer Akteure, u.a. mit Beiträgen von Hande Abay Gaspar, Julian Junk und Manjana Sold.

Birsl, Ursula/Junk, Julian/Kahl, Martin/Pelzer, Robert (Hrsg.): Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 2022.



KI UND RÜSTUNGSKONTROLLE

Der Band versammelt Beiträge zum Einfluss von Künstlicher Intelligenz auf militärische Entwicklungen und Rüstungskontrolle, u.a. mit Beiträgen von Niklas Schönig und Jana Baldus.

Reinhold, Thomas/Schönig, Niklas (Hrsg.): Armament, Arms Control and Artificial Intelligence. The Janus-faced Nature of Machine Learning in the Military Realm, Cham: Springer, 2022.

FORSCHUNGSHANDBUCH ZU RÜSTUNGSKONTROLLE



Der Sammelband, herausgegeben von Eric Myjer und Thilo Marauhn, versammelt aktuelle Perspektiven zu internationalen Abkommen zur Rüstungskontrolle, u.a. mit Beiträgen von Una Jakob und Barry de Vries.

Myjer, Eric/Marauhn, Thilo (Hrsg.): Research Handbook on International Arms Control Law, Cheltenham, Northampton, Camberley: Edward Elgar Publishing, 2022.

SAMMELBAND ZU RECHTSEXTREMISMUS

Der Sammelband, herausgegeben von Daniel Mullis und Judith Miggelbrink, betrachtet den Rechtsextremismus jenseits von Stadt-Land- und Ost-West-Polarisierungen, u.a. mit Beiträgen von Daniel Mullis und Paul Zschocke.

Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld: Transcript, 2022.



Lentzos, Filippa/Jakob, Una: Chemical, Biological and Health Security Risks, in: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2022, Oxford: Oxford University Press, 2022, 473-512.

Witt, Antonia: Beyond formal powers: Understanding the African Union's authority on the ground, in: Review of International Studies, 48(4), 2022, 626-645. DOI: 10.1017/S0260210522000067.

Peez, Anton: Contributions and Blind Spots of Constructivist Norms Research in International Relations, 1980–2018: A Systematic Evidence and Gap Analysis, in: International Studies Review, 24(1), 2022, 1-33. DOI: 10.1093/isr/viab055.

Schlegel, Linda: "At least I tried, God damnit" and "Even a drop in the ocean is still more than nothing": In their own words, what motivates people to work in P/CVE?, in: Critical Studies on Terrorism, 15(4), 2022, 945-962. DOI: 10.1080/17539153.2022.2089399.

Breznau, Nate/Rinke, Eike Mark/Wuttke, Alexander/Bethke, Felix S. et al.: Observing many researchers using the same data and hypothesis reveals a hidden universe of uncertainty, in: Proceedings of the National Academy of Sciences, 119(44), 2022. DOI: 10.1073/pnas.2203150119.

Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: The Future of the OSCE in the Shadow of Russia's War Against Ukraine, in: Friesendorf, Cornelius/Wolff, Stefan (Hrsg.): Russia's War Against Ukraine: Implications for the Future of the OSCE, OSCE Network Perspectives I/2022, 22-25.

Baldus, Jana/Fehl, Caroline/Hach, Sascha: NPT 2022: An Opportunity to Advance Nuclear Justice, in: Global Policy, May 2022, 1-11.

Christian, Ben: A threat rather than a resource: why voicing internal criticism is difficult in international organisations, in: Journal of International Relations and Development, 25(2), 2022, 425-449. DOI: 10.1057/s41268-021-00244-w.

Baldus, Jana/Müller, Harald/Wunderlich, Carmen: The global nuclear order and the crisis of the nuclear non-proliferation regime: Taking stock and moving forward, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung Special Issue "Crisis of Arms Control", Online First, 2022.

Abb, Pascal: All geopolitics is local: The China–Pakistan Economic Corridor amidst overlapping centre–periphery relations, in: Third World Quarterly, 44(1), 2022. DOI:10.1080/01436597.2022.2128329.

Deitelhoff, Nicole/Daphi, Priska/Anderl/Felix: Bridges or divides? Conflicts and synergies of coalition building across countries and sectors in the Global Justice Movement, in: Social Movement Studies, 21(1-2), 2022, 8-24.

Geis, Anna/Opitz, Christian/Pfeifer, Hanna: Recasting the Role of Citizens in Diplomacy and Foreign Policy: Preliminary Insights and a New Research Agenda, in: The Hague Journal of Diplomacy, 17(4), 2022, 614–627. DOI: 10.1163/1871191X-bja10136.

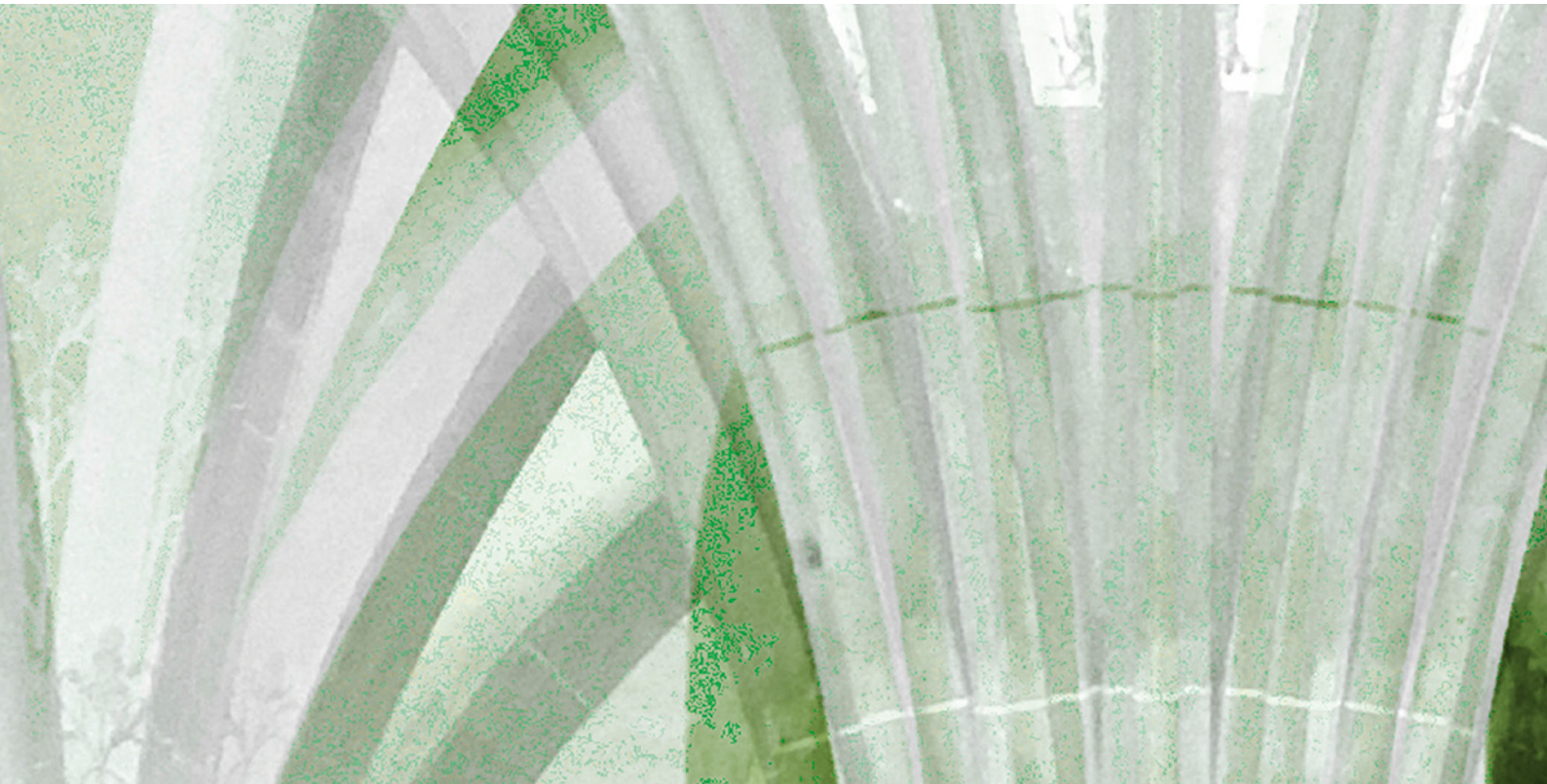
Driedger, Jonas J.: Did Germany Contribute to Deterrence Failure against Russia in Early 2022?, in: Central European Journal of International and Security Studies, 16(3), 2022, 152-171. DOI: 10.51870/TLXC9266.

Opitz, Christian/Pfeifer, Hanna/Geis, Anna: Engaging with Public Opinion at the Micro-Level: Citizen Dialogue and Participation in German Foreign Policy, in: Foreign Policy Analysis, 18(1), 2022, 1-20. DOI: 10.1093/fpa/orab033.

Albarracín, Juan/Milanese, Juan Pablo/Valencia, Inge H./Wolff, Jonas: Local Competitive Authoritarianism and Post-Conflict Violence, in: An Analysis of the Assassination of Social Leaders in Colombia, published online, 2022. DOI: 10.1080/03050629.2023.2142218.

ERFAHRUNGEN AUS DEM PREVAL-PROJEKT

IM DIALOG mit der Praxis



Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind durch Polarisierungstendenzen, neue Protestdynamiken und extremistische Gruppierungen herausgefordert. Die Anschläge von Hanau und Halle haben die Aufmerksamkeit für das Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus erhöht. Durch das Erstarken von Querdenken und der Reichsbürger-Bewegung sind radikale Ideologien im gesellschaftlichen Fokus. Vor diesem Hintergrund haben Extremismusprävention, politische Bildung und Demokratieförderung eine gesteigerte Bedeutung. Der PrEval-Verbund beschäftigt sich mit der Evaluation und der Qualitätssicherung in diesen Bereichen. Das erste Projekt „PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen“ wurde im Jahr 2022 abgeschlossen.

Vor dem Hintergrund erstarkender radikaler Ideologien muss das Vertrauen in staatliche Institutionen und demokratische Entscheidungsprozesse täglich neu erkämpft werden. Die Vielfalt der Ansätze, Akteure und Projekte in der Extremismusprävention, der politischen Bildung und der Demokratieförderung muss gestärkt werden. Hier kommt Evaluation, Qualitätssicherung und der Organisation von Wissen eine entscheidende Rolle zu, werden doch immer mehr Initiativen über zahlreiche Bundes-, Landes- und kommunale Pro-



gramme gefördert und gibt es doch eine immer breitere, vielfältigere und sich professionalisierende Zivilgesellschaft in Deutschland.

Das Spektrum reicht von Arbeit in Schulen, wie Projektarbeit oder Ausbildung von Lehrkräften für den Umgang mit potentiellen Gefährdern, der Distanzierungsarbeit im Strafvollzug bis hin zur politischen Bildung im digitalen Raum. Die Diversität

der vielen unterschiedlichen Projekte und Träger ist gleichermaßen eine unabdingbare Stärke, aber eben auch eine Herausforderung, wenn es darum geht, die Wirksamkeit der Projekte zu verstehen und bedarfsgerechte Strukturen des Austauschs und des Lernens zu schaffen.

Das Verbundprojekt PrEval nimmt sich diesen Herausforderungen seit dem Jahr 2020 an. Hinter dem ersten Projekt „PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen“, das 2022 abgeschlossen wurde, standen zwei Ideen: Erstens sollten Diskussionen über Evaluation und Qualitätssicherung nicht mehr abstrakt, sondern anhand konkreter Evaluationsmethoden geführt werden. Zweitens wurden die Bedarfe der Fachpraxis und die internationalen Debatten systematisch und über zahlreiche disziplinäre Grenzen hinweg erhoben. Durch ein umfangreiches Mapping und Analysen der Akteur*innen, die bereits Evaluationen in den Bereichen der Prävention und politischen Bildung durchführen, wurden Grundlagen für weitere Arbeit und weiteren Austausch geschaffen. Die Ergebnisse des ersten Projekts wurden in verschiedenen Publikationsformaten vorgestellt (sechs PRIF Spotlights, 10 PRIF Reports, eine GPPI-Studie und ein Sammelband).

Das Forschungs- und Transfervorhaben bringt dabei eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen aus Wissenschaft und Fachpraxis zusammen. PrEval versteht sich als dialogisches Forschungsprojekt, in dem Forscher*innen und Praktiker*innen gemeinsam Bedarfe erheben, Designs entwickeln und testen. Insgesamt waren von 2020 bis 2022 fünf Verbundpartner, zwei Kooperationspartner sowie fünf Netzwerkpartner beteiligt.

Nach dem Abschluss des ersten Projekts startete im Oktober 2022 das Nachfolgeprojekt „PrEval – Zukunftswerkstätten“. Herzstück des Projekts sind die vier Zukunftswerkstätten, in denen zuvor identifizierte Punkte aufgegriffen und vertieft werden. In Workshops, Fokusgruppen und Surveys sollen gerade auch konträre Positionen und Bedarfe zusammengebracht und neue Vorschläge zur Stärkung von Extremismusprävention,

Demokratieförderung und politischer Bildung in Deutschland erarbeitet werden. Der Verbund ist zum Projektstart auf 15 Partner angewachsen und ist darauf ausgelegt, im Rahmen der Zukunftswerkstätten viele weitere Interessierte in die Projektarbeit einzubinden. Die Breite des Netzwerks ermöglicht es, die Ergebnisse und Erkenntnisse mithilfe von Fachtagen, Dialogformaten und Open Access-Publikationen auch außerhalb des

Verbunds in die tägliche Arbeit der Fachpraxis einzubringen und diese zu stärken.

Das Projekt „PrEval – Zukunftswerkstätten“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat finanziert. PRIF koordiniert den Verbund.

Interview mit

JULIAN JUNK

Prof. Dr. Julian Junk leitet gemeinsam mit Dr. Hande Abay Gaspar die Forschungsgruppe „Radikalisierung“ und das Projekt „PrEval – Zukunftswerkstätten“. Seit 2023 hat er die Forschungsprofessur „Extremismus und Extremismusresilienz“ an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit inne.



Kann man den Erfolg von Prävention messen?

Das wird in Fachkreisen durchaus kontrovers diskutiert. Schließlich folgen wir hier einer kontrafaktischen Logik. Wir müssen ja ein Nicht-Ereignis messen, also ermitteln, dass ein bestimmtes ungewünschtes Ergebnis im Idealfallfall nicht eingetreten ist. Evaluation ist aber immer ein sehr voraussetzungsreicher Prozess, der vielen möglichen Erkenntnisinteressen und Leitfragen folgt. Diese reichen von Fragen der Wirksamkeit von Teilaspekten einer Initiative bis hin zur Begleitung von Organisationsentwicklungsprozessen. Bergen Fragen der Prävention bestimmte Herausforderungen, so stellen sich in Bereichen der politischen Bildung wieder andere. Und in beiden Fällen haben wir es oft mit langen Zeithorizonten und sensiblen Daten zu tun.

Wie greifen Forschung und Transfer im PrEval-Projekt ineinander?

Wir haben ja einige Pilotstudien durchgeführt, in denen bestimmte Evaluationsdesigns zum ersten Mal ausprobiert wurden. Wir sprechen hier von Co-Design-Prozessen. Transfer verstehen wir nicht als Einbahnstraße, so dass die Forschung Ergebnisse liefert, die dann nur noch in die Praxis übertragen werden müssen. Vielmehr geht es um einen dialogischen Prozess. Wir nehmen die Expertise und Erfahrungen der Fachpraxis ernst und erkennen an, dass jede Seite andere Stärken hat und dass wir in der Forschung auch nicht alles wissen. Und überhaupt ist die Dichotomie zwischen Forschung und Praxis gerade in den Themenfeldern eigentlich überholt: Viele Akteure aus der sogenannten Praxis kommen aus der Forschung oder anders herum. Viele Projekte und Initiativen sind seit Jahren auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis gepolt. Wenn wir uns mit Evaluation und Qualitätssicherung beschäftigen, müssen wir dem auch Rechnung tragen. Gute Evaluation steht und

fällt in der engen Zusammenarbeit mit denjenigen, die Evaluationen beauftragen, denjenigen, die Gegenstand einer Evaluation sind, und denjenigen, die Evaluation durchführen. Und eine gute Evaluation denkt den Transfer mit: Eine Evaluation sollte nicht mit einem staubtrockenen 200-Seiten-Report enden, sondern konkrete Empfehlungen erarbeiten, schon im Laufe des Evaluationsprozesses Zwischenergebnisse diskutieren und nach einer Evaluation auch Zeit, Finanzierung und Willen einplanen, die Empfehlungen überprüfbar umzusetzen.

Was zeichnet die Arbeitsweise im PrEval-Verbund aus?

Der Verbund ist sehr groß und vielfältig angelegt. Man hätte ihn auch in einzelne Projekte aufteilen können, aber durch das Zusammenführen werden Synergien geschaffen. Wenn beispielsweise ein Partner in einem Bereich ein Survey durchführt, können wir den auch in anderen Bereichen einsetzen. Das macht es aber auch sehr komplex. Der Verbund hat eine besondere Arbeitsweise, die sehr aufwändig ist. Es gibt eine transparente Plattform für alle, die aktiv mitarbeiten und mitlesen wollen. Damit gelingt die Verschränkung zwischen Wissenschaft, Praxis und

Politik. Es ist ein sehr kommunikativer Raum. Und dieser Dialog eröffnet auch neue Blickwinkel.

Welche neuen Blickwinkel sind das?

Nur ein Beispiel aus der Sekundär- und Tertiärprävention: Wir vollziehen einen Perspektivwechsel, wenn wir nicht ein einzelnes Projekt, sondern Klient*innen in den Blick nehmen. Wir können uns natürlich einzelne Projekte ansehen. Aber wenn wir einen bestimmten Klienten betrachten, beispielsweise jemanden, der gerade aus dem Strafvollzug entlassen wurde und nun wieder in der Gesellschaft ankommen soll, dann bekommt der ganz viele unterschiedliche Unterstützungsangebote: von einem Distanzierungsprojekt über Angebote der politischen Bildung bis hin zu Angeboten der Arbeitsagenturen und anderer Behörden, die manchmal als Zwänge, manchmal als Hilfe wahrgenommen werden, der Gemeindearbeit, der Familien und Freundeskreise – die Liste könnte man sehr lang fortsetzen. Was wirkt denn da eigentlich auf ihn? Welche Konstellation ist sinnvoll? Und messen wir das richtig? Diese Fragen bekommen wir erst durch diesen nur scheinbar so simplen Perspektivwechsel richtig in den Blick.

WEITERLESEN

Tultschinetski, Sina/Theis, Désirée/Rieth, Alisa: Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug – Ansätze, Chancen, Herausforderungen, PRIF Report 12/2022, Frankfurt/M, 2022.

Schmidt, Olga/Liebich, Johanna/Klößner, Mona/Walkenhorst, Dennis/Dziri, Bacem: Developmental Evaluation zur Begleitung von Entwicklungsprozessen in Projekten der Radikalisierungsprävention – ein Anwendungsbeispiel, PRIF Report 10/2022, Frankfurt/M, 2022.

Junk, Julian/Koynova, Svetla/Ohlenforst, Vivienne/Ruf, Maximilian/Scheu, Lea Deborah: Evaluation und Qualitätssicherung in der Kooperation sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der sekundären und tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 8/2022, Frankfurt/M, 2022.

Johansson, Susanne/Junk, Julian/Liebich, Johanna/Walkenhorst, Dennis: Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention. Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens, PRIF Report 6/2022, Frankfurt/M, 2022.

Klößner, Mona/Verhovnik-Heinze, Melanie/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Nakamura, Reiko/Strunk, Julius: Multimethodische Evaluationsdesigns: eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis, PRIF Report 1/2022, Frankfurt/M, 2022.

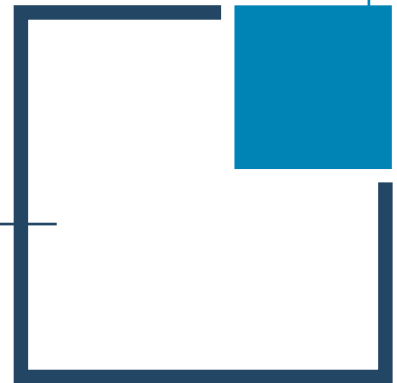


WIR SIND PRIF

DAVON NEU **18**

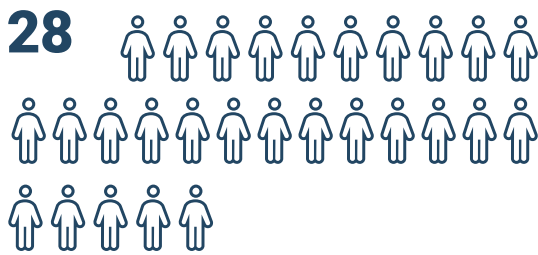
MITARBEITER*INNEN
2022

91



ZUSAMMENSETZUNG NACH STATUSGRUPPEN/ABTEILUNGEN

Programmbereichs-, Projektleiter*innen, Postdocs



Stipendiat*innen



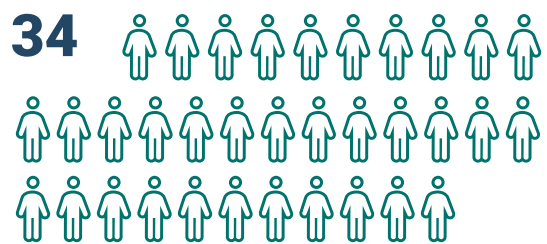
Gastforschende



Doktorand*innen



Assoziierte Forscher*innen



Nicht-promovierte Wissenschaftler*innen



GLEICHSTELLUNG BEI PRIF



7 // 7

Unbefristet beschäftigtes wissenschaftliches Personal

24 // 22

Befristet beschäftigtes wissenschaftliches Personal

5 // 5

Leitungsfunktionen Wissenschaft

16 // 5

Unbefristet beschäftigt in Verwaltung und Wissenschaftskommunikation



6 // 2

Befristet beschäftigt in Verwaltung und Wissenschaftskommunikation

1 // 3

Leitungsfunktionen in Verwaltung und Wissenschaftskommunikation

12 // 11

Promovierende

Wissenschaftliche Hilfskräfte

2

Studentische Hilfskräfte

31

Verwaltung und Empfang

12

Sekretariate und Vorstandsbüro

5

IT

2

Wissenschaftskommunikation

12

FORSCHUNGSZENTRUM TRACE STARTET

Transformationen POLITISCHER Gewalt



Die Geschichte moderner Gesellschaften und der internationalen Beziehungen wird üblicherweise als ein schrittweiser Verzicht auf Gewalt erzählt. Von einer Überwindung politischer Gewalt kann allerdings keine Rede sein. Aktuelle Tendenzen weisen vielmehr in die entgegengesetzte Richtung: Das weltweite Konfliktgeschehen hat an Intensität wieder zugenommen; Globalisierung und technologischer Wandel ermöglichen neue Formen kriegerischer und terroristischer Gewalt. Diese Entwicklungen verweisen auf Transformationen, die existierende Normen und Praktiken zur Einhegung politischer Gewalt herausfordern. Das Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ (TraCe) untersucht diese Entwicklungen mit dem Ziel, die Konsequenzen für den innergesellschaftlichen und internationalen Frieden zu identifizieren und Strategien zur Eindämmung politischer Gewalt unter den sich verändernden Bedingungen zu entwickeln.

INFOBOX

WER IST TRACE?

Das Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ ist ein interdisziplinärer Forschungsverbund von fünf hessischen Forschungsinstitutionen: Neben PRIF sind die Goethe-Universität Frankfurt, die Justus-Liebig-Universität Gießen, die Philipps-Universität Marburg und die Technische Universität Darmstadt beteiligt. Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erforschen über dreißig Wissenschaftler*innen von 2022 bis 2026 multiperspektivisch Transformationen politischer Gewalt. Koordination und Wissenschaftskommunikation sind am PRIF angesiedelt..



Gelebte Interdisziplinarität

Um die Transformationen politischer Gewalt zu verstehen, zu erklären und kritisch zu hinterfragen, integriert TraCe verschiedene disziplinäre Perspektiven, Analyseebenen und Methoden und nimmt unterschiedliche Formen von Gewalt in den Blick.

” Sich irritieren zu lassen von anderen Disziplinen, ist ungeheuer wichtig, um neue Entwicklungen zu sehen. | Christopher Daase, PRIF TALK vom 23.03.2023

Das Zentrum bringt Perspektiven aus Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichts- und Rechtswissenschaften, Sozialanthropologie, Sozialpsychologie, Kultur- und Sprachwissenschaften und Informatik zusammen.

” Mit dem zweiten, dritten, vierten, fünften Auge sieht man einfach mehr, und das ist unser Ziel. | Astrid Erll, PRIF TALK vom 23.03.2023

Warum es wichtig und spannend ist, Transformationen politischer Gewalt interdisziplinär zu erforschen, diskutierten Astrid Erll und Christopher Daase, TraCe-Sprecher*innen im ersten Projektjahr, mit Tina Cramer im Podcast PRIF Talk.

WEITERHÖREN

Welche Aspekte politischer Gewalt werden erforscht?

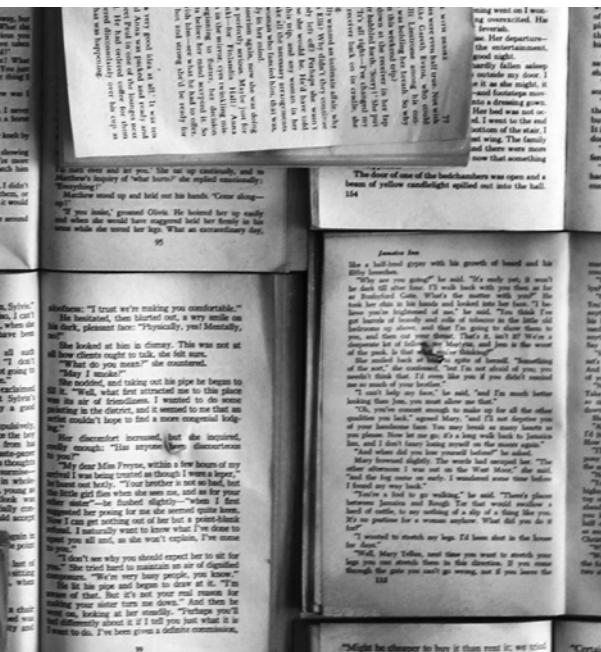
TraCe ist in drei thematische Forschungsfelder und einen Synergie-Arbeitsbereich gegliedert:

- 1 | Formen: Wandel und Kontinuität politischer Gewalt
- 2 | Institutionen: Prävention und Legitimation politischer Gewalt
- 3 | Interpretationen politischer Gewalt
- 4 | Synergien



Wie kann man politische Gewalt erforschen?

Politische Gewalt tritt in vielen Formen auf – von Femiziden über aufständische Proteste bis hin zu Kriegen zwischen Staaten – und hat immense moralische und politische Auswirkungen. Die Frage der Gesamtentwicklung politischer Gewalt ist jedoch nach wie vor kontrovers. Im ersten TraCe Working Paper resümieren die Autor*innen vorhandene Debatten und stellen drei allgemeine Positionen im Forschungsfeld fest: Politische Gewalt habe entweder abgenommen, sei eskaliert oder habe andere Formen angenommen. Sie stellen einen Rahmen zur Verfügung, um bestehende Ansätze zu unterscheiden, verfügbare Ergebnisse einzuordnen und weiter gehende Forschung anzuregen.



WEITERLESEN

Daase, Christopher/Driedger, Jonas/Mannitz, Sabine/
Kroll, Stefan/Simon, Hendrik/Wolff, Jonas:
Transformations of Political Violence?
A Research Program, Frankfurt/Main, TraCe Working Paper No. 1.,
2022. DOI: 10.48809/PRIFTraCeWP2201.





Der russische Überfall auf die Ukraine und die Transformationen politischer Gewalt

Der russische Überfall auf die Ukraine bestimmte im Jahr 2022 nicht nur die mediale Berichterstattung, sondern führte auch in der Forschung dazu, grundlegende Annahmen zu überdenken: Wie müssen wir angesichts dieses zwischenstaatlichen Krieges, der Auswirkungen auf die gesamte globale Ordnung hat, über politische Gewalt nachdenken? Das Forschungszentrum TraCe stellte den Russland-Ukraine-Krieg in den Mittelpunkt seiner Auftaktveranstaltung in Berlin. Auch die TraCe-Ringvorlesung in Marburg beschäftigte sich in ihrer ersten Veranstaltung mit den Auswirkungen des Krieges auf die Gewaltforschung.

Mit dem Ende des Kalten Krieges setzte Ende der 1990er Jahre eine Phase der Hoffnung ein: Womöglich war nun das Ende der „alten“ zwischenstaatlichen Großkonflikte gekommen. Zwar gab es weiterhin Konflikte, auch kriegerische, aber Forscher*innen konstatierten einen Trend hin zu „kleineren“, innerstaatlichen oder entlang ethnischer Grenzen verlaufenden Konflikten. Dafür brachten Politikwissenschaftler*innen wie Mary Kaldor oder Herfried Münkler den Begriff der „neuen Kriege“ in die Diskussion. Der „alte“ zwischenstaatliche Krieg galt als Auslaufmodell.

Doch mit dem russischen Überfall auf die Ukraine scheint diese Annahme grundlegend in Frage gestellt. Die Vermutung liegt nahe, dass das Muster der „alten“ zwischenstaatlichen Kriege doch noch nicht der Vergangenheit angehört. Gleichzeitig können grundlegende Veränderungen in der Art der

WEITERGUCKEN

TraCe-Ringvorlesung „Perspectives on Violence in the 21st Century“ auf Youtube



WELCHE ROLLE SPIELT DIE SPRACHE?



„Die Sprachenfrage in der Ukraine wird seit dem Zerfall der Sowjetunion in Wahlkampagnen politisiert. Russlands Propaganda missbraucht diese Politisierung, um einen ukrainisch-russischen Sprachkonflikt in der Ukraine als Rechtfertigung für den Krieg zu konstruieren. Die Osteuropaforschung muss noch intensiver an Konzepten für Wissenstransfer in die Öffentlichkeit arbeiten, die Politik muss die Osteuropaforschung stärker als bisher hören“, so TraCe-Forscherin Monika Wingender von der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Kriegsführung beobachtet werden, beispielsweise im Umgang mit ziviler Infrastruktur oder Nuklearwaffen. Befinden wir uns nun in einer neuen Ära gewaltsamer Konflikte? Diese Fragen standen im Zentrum der Auftaktveranstaltung „Ein neuer alter Krieg? Der russische Überfall auf die Ukraine und die Transformation politischer Gewalt“. Vertreter*innen von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft trafen sich dazu am 13. Dezember 2022 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

Auch der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler war zu Gast und betonte in seinem Statement, dass ein oder zwei Kriege zwar Trends nicht falsifizieren, „die auf einer sehr viel größeren Anzahl innergesellschaftlicher Kriege beruhen. Aber es ist richtig, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zurzeit unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht und erhebliche politische Neuorientierungen erzwingt.“

Jonas J. Driedger verwies in der Diskussion auf die steigende Risikobereitschaft des russischen Regimes: Schon kurz nach Beginn der Invasion der Ukraine Anfang 2022 stellte sich heraus, dass das Putin-Regime seine Ziele nicht erreichen und einen enormen Preis für den Krieg zahlen würde. Eine Verkalkulation schloss er aus. Vielmehr argumentierte er, dass das Regime gewillt war, die Risiken der Invasion bewusst einzugehen.

Mit der Veranstaltung stellte sich TraCe als neuer friedenswissenschaftlicher Akteur im politischen Berlin vor und brachte Wissenschaft und Politik ins Gespräch.

„Ein solcher interdisziplinärer Verbund ist ein starkes Aushängeschild für die hessische Konfliktforschung. | Angela Dorn, Hessische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, bei der Auftaktveranstaltung



WEITERLESEN

Driedger, Jonas J.: Was jeder zur Risikobereitschaft des Putin-Regimes wissen sollte, PRIF Blog, 13. Januar 2023.

REFORMKONFLIKTE IN ÄGYPTEN UND TUNESIEN

Gerechtigkeit, MACHT, PROTEST



Sozioökonomische Proteste gehörten zu den zentralen Treibern für die Proteste und Revolutionen des „Arabischen Frühlings“. Doch auch nachdem verschiedene Diktatoren gestürzt wurden, verbesserte sich die Lage für die meisten Menschen nicht. Reformen, die die neuen Regierungen angingen, stießen oft auf heftige Gegenwehr. Irene Weipert-Fenner hat dazu im Projekt „Streit um sozioökonomische Reformen“ geforscht, das 2022 abgeschlossen wurde. Damit fand eine achtjährige Kooperation zwischen Nordafrika- und Lateinamerika-Expert*innen aus Ägypten, Deutschland und Tunesien ihren Abschluss.

Im Gespräch mit **IRENE WEIPERT-FENNER**



Dr. Irene Weipert-Fenner forscht zu Protest und sozialen Bewegungen, autoritären Regimen, Demokratisierung und politischer Transformation. Ihr regionaler Fokus ist Nordafrika. Das Projekt „Streit um sozioökonomische Reformen: Politische Konflikte und gesellschaftliche Proteste in Ägypten und Tunesien nach 2011 im interregionalen Vergleich“ wurde für vier Jahre von der Volkswagen-Stiftung gefördert.

Das 2022 abgeschlossene Forschungsprojekt hat Konflikte um sozioökonomische Reformen analysiert, die in Ägypten und Tunesien in den letzten Jahren ausgetragen wurden, teils mit heftigen Auseinandersetzungen. Worum wurde gestritten?

Die Konflikte, die wir untersucht haben, drehten sich z.B. um Steuern, um Subventionen oder um Arbeitsrecht. Es war uns wichtig auf Konflikte zu schauen, bei denen es wirklich um etwas geht, um Geld und Macht. Wem wird etwas gegeben, wem wird etwas weggenommen? Wir konnten beobachten, wie verschiedene Akteure versuchen, sich zu positionieren und ihren Anteil zu sichern bzw. zu verteidigen.

Tunesien war im Untersuchungszeitraum noch relativ demokratisch und frei, dort spielten öffentliche Proteste eine größere Rolle. Die Fallstudien zu Ägypten zeigen eher Konflikte, die sich hinter den Kulissen abspielen.

Welche Akteure waren in den beiden Ländern zentral und welchen Einfluss konnten sie auf die jeweilige politische Ordnung nehmen?

Die Herrschaftselite ist sowohl im damals demokratischen Tunesien als auch im autokratischen Ägypten nur ein Akteur unter vielen. In beiden Ländern sind Wirtschaftseliten stark beteiligt, aber auch Gewerkschaften.

In Tunesien spielen Gewerkschaften eine zentrale

Rolle, der Gewerkschaftsdachverband hat wirkliche Vetomacht. Dies zeigte sich 2019, als er es schaffte mit einem Generalstreik die Erhöhung von Gehältern im öffentlichen Sektor durchzusetzen. Damit hatte er nicht nur innerhalb der tunesischen Arena gewonnen, sondern sich auch gegen den IWF durchgesetzt, der die Regierung damals mit Forderungen nach Kürzungen im öffentlichen Sektor stark unter Druck gesetzt hatte. Im Unterschied dazu konnten Proteste 2018, hinter denen kein starker Akteur stand, die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht verhindern.

Interessanterweise spielen Gewerkschaften aber auch in Ägypten eine Rolle. Das hat unsere Fallstudie zur Diskussion eines neuen Arbeitsgesetzes gezeigt. Die unabhängigen Gewerkschaften sind in Ägypten seit der Revolution politisch marginalisiert. Trotzdem hatte es ein Dachverband geschafft, bei diesem Prozess dabei zu sein. Das ist natürlich nicht so leicht zu bewerten: Ging es wirklich darum, gemeinsam bessere Entscheidungen zu treffen, oder vielleicht auch nur darum, die Arbeiterschaft ruhigzustellen, die Arbeiterbewegung weiter zu spalten – oder wollte das Sisi-Regime ein Gegengewicht zu den einflussreichen Wirtschaftseliten? Im Endeffekt ist das neue Gesetz nicht zustande gekommen, die Interessen der Wirtschaftseliten haben sich durchgesetzt – und interessanterweise nicht die des Sisi-Regimes.

Sie sind bereits auf die unterschiedlichen Regimetypen eingegangen. Welchen Einfluss hat denn der Regimetyp auf die Aussichten von Protestbewegungen? Und lassen sich sozioökonomische Reformen in Autokratien effizienter umsetzen?

Wir haben herausgefunden, dass der Regimetyp alleine nicht ausreicht, um zu erklären, ob Reformen durchgesetzt werden oder nicht. Wer mitreden und mitentscheiden darf oder sogar Vetomacht hat, geht vor allem auf die politökonomischen Machtverhältnisse zurück, die sich über Jahrzehnte hinweg herausgebildet haben. Generell sieht man, dass sich politökonomische Strukturen durch die Inkorporation bestimmter Gruppen und der Exklusion weiterer Teile der Gesellschaft gut erklären lassen, Steffen Hertog spricht hier von Insidern und Outsidern. Bestimmte Gruppen, seien es Unternehmen oder Arbeitergruppen, haben gute Verbindungen zum Regime und sind „drinnen“. Andere wiederum sind ausgeschlossen. Die haben einfach einen geringeren Hebel, um sich zu wehren. Wenn die Belastung durch Reformen nicht so groß ist, dass sie einen bestimmten Schwellenwert übersteigt, dann werden die Kosten getragen – sowohl in der Demokratie als auch in der Autokratie. Allerdings ist es natürlich so, dass ein autokratisches Regime mit größerer Härte gegen die Outsider vorgehen kann. In Ägypten haben wir im Untersuchungszeitraum extrem hohe Repression beobachtet. In beiden Regimetypen schaffen es die Insider, im Konflikt ihre Interessen durchzuset-

zen, während die Outsider wenig Chancen haben, auch wenn die Möglichkeiten in Autokratien noch geringer sind.

Sie haben mit einem Team von Forscher*innen aus verschiedenen Ländern zusammengearbeitet. Wie können wir uns diese Kooperation vorstellen?

Ich finde die Kooperation mit Kolleg*innen vor Ort zentral. Nach wie vor dominiert die problematische Struktur in der Wissensproduktion, dass die vergleichende Perspektive meist aus Europa oder den USA kommt und die Expert*innen aus unterschiedlichen Ländern zu ihren Ländern schreiben. Das Interessante an unserem Projekt ist, dass wir mit drei Ländern beteiligt waren, ergänzt durch die Perspektive des interregionalen Vergleichs mit Lateinamerika, die der Kollege Jonas Wolff eingebracht hat. Durch das gemeinsame Vergleichen konnten wir unsere Perspektive erweitern. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Kooperation war die Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wir hatten jeweils eine Doktorandin an den Partnerinstitutionen, konnten hier Gastaufenthalte ermöglichen, Trainings und Vernetzung in der Region und nach Europa fördern. Auch für uns hier war das ein großer Lernprozess. Wir haben beispielsweise über Methoden der Feldforschung diskutiert, allgemein Perspektiven aus dem globalen Süden hierher gebracht und die Internationalisierung des Instituts vorangetrieben.

WEITERLESEN

Pfeifer, Hanna/Weipert-Fenner, Irene: Time and the Growth of Trust under Conditions of Extreme Uncertainty. Illustrations from Peace and Conflict Studies, ConTrust Working Paper, No. 3, Frankfurt/M: ConTrust – Trust in Conflict, 2023.

Weipert-Fenner, Irene: Mobilization in Tunisia Post 2011: From Political Protests to National Campaign Movements, in: Zayani, Mohamed (Hrsg.): A Fledgling Democracy. Tunisia in the Aftermath of the Arab Spring, London: Hurst, 2022, 127-150.

Weipert-Fenner, Irene/Wolff, Jonas (Hrsg.): Socioeconomic Protests in MENA and Latin America. Egypt and Tunisia in Interregional Comparison, Cham: Palgrave Macmillan, 2020.



Mit Protestbewegungen beschäftigen Sie sich auch im Rahmen der Forschungsinitiative Con-Trust. Dort untersuchen Sie gemeinsam mit Forscher*innen von PRIF und der Goethe-Universität Frankfurt, wie Vertrauen in Konflikten entstehen kann. Nun würde man vermutlich denken, dass Proteste eher ein Ausdruck von mangelndem Vertrauen sind. Ist das falsch?

Es ist ja unbestritten, dass Vertrauen ein zentrales Element des Zusammenlebens ist. Man denkt aber oft, dass Vertrauen dann da ist, wenn kein Konflikt stattfindet, und andersherum. Aus meiner Forschung im Hinblick auf soziale Bewegungen und Protest scheint mir das zu unterkomplex. Die Bewegungen, die den sogenannten „Arabischen Frühling“ ausgemacht haben, aber auch die zweite Welle der arabischen Aufstände, die 2019 im Irak, Libanon, Sudan, Algerien stattgefunden haben, das sind längere Prozesse, in denen verschiedene soziale Bewegungen interagieren. Da spielen Fragen von Koalition und Netzwerkbildung eine Rolle, unterschiedliche Beziehungen zu sozialen Akteuren, sehr viel Misstrauen gegenüber politischen

Parteien – und trotzdem haben wir Mobilisierung. Um in autoritären Regimen zu protestieren, ist Vertrauen in andere Protestierende besonders wichtig, vor allem je länger protestiert wird, weil man immer sichtbarer wird und damit immer stärkeren Repressionen ausgesetzt sein könnte. Die zweite Welle der arabischen Aufstände zeichnete sich aber dadurch aus, dass nicht nur über gesellschaftliche Konfliktlinien hinweg protestiert wurde, sondern explizit gegen sie. Es gab Forderungen, gerade im Libanon und im Irak, politische Systeme abzuschaffen, die auf einer Machtverteilung entlang ethno-religiöser Identitäten basierten. Das zu fordern, wenn man selbst in Abhängigkeit von diesen Netzwerken steht, ist erst einmal sehr stark, insbesondere wenn Gesellschaften tief gespalten sind und eine Geschichte gewaltsamen Konflikts haben. Woher kommen diese Forderungen und wann treten sie in Massenbewegungen eigentlich auf? Im Irak und im Libanon beispielsweise geschah das schon am Anfang der Protestbewegung. Das ist nicht immer nur rational zu erklären, in Revolutionen spielen



Themed Section mit Beiträgen aus dem Projekt

Die Ergebnisse des Projekts wurden 2023 in einer Themed Section in der Zeitschrift *Mediterranean Politics* zusammengefasst, die online first erschienen ist. Einführung:

Weipert-Fenner, Irene: Socioeconomic reforms in times of political transformation: Conflicts over the political economy in Egypt and Tunisia post-2011, in: *Mediterranean Politics*, 2023.
DOI: 10.1080/13629395.2023.2207428.



immer auch Emotionen eine große Rolle. Hier ist interessant, was in diesem außergewöhnlichen Moment passiert und ob sich außergewöhnliches Vertrauen in der Revolutionsbewegung verstetigt. Und was passiert damit, wenn Revolutionen als gescheitert betrachtet werden?

Eine letzte Frage: Womit werden Sie sich in Ihren nächsten Forschungsprojekten beschäftigen?

In Bezug auf Protestbewegungen ist es wichtig, nicht nur auf die revolutionäre Episode zu

schauen, sondern zeitlich herauszuzoomen. Die Konfliktlinien, um die es geht, haben in der Regel eine lange Geschichte. So hat man beispielsweise 2019 gesehen, dass Protestakteure selbst explizit auf Protestgeschichte Rekurs genommen haben, indem sie gesagt haben: „Früher haben wir uns entlang einer ethnischen Konfliktlinie spalten lassen, das machen wir jetzt nicht mehr. Wir haben daraus gelernt.“ Und auch wenn Protestbewegungen unmittelbar scheitern, weil es ihnen z.B. nicht gelingt, ein bestimmtes Regime zu stürzen, setzen sie trotzdem Transformationsprozesse in Gang. Um diese Aspekte in den Blick zu bekommen, müssen wir die Proteste in ihre längere Geschichte einbetten. Zudem werde ich auch in Zukunft zu Konflikten um soziale Gerechtigkeit forschen. In Folge von Corona, aber auch des Russland-Ukraine-Kriegs hat sich die wirtschaftliche Lage in vielen Ländern dramatisch verschlechtert. Gleichzeitig haben wir auch gesehen, dass Diktaturen in Nordafrika und Westasien rehabilitiert wurden, weil man neue Energielieferanten brauchte. Hinzu kommen die Bemühungen, aufgrund des Klimawandels, auch grünen Wasserstoff aus diesen Ländern zu bekommen. Welche Auswirkungen hat das, bzw. welche Entwicklungspotenziale gäbe es vielleicht auch? Wie müsste deutsche und europäische Politik handeln, um nicht einfach neue extraktivistische Strukturen aufzubauen, sondern eine tatsächliche Transformation der politökonomischen Verhältnisse zu fördern? Daran arbeite ich zusammen mit Kolleg*innen von der Arab-German Young Academy.



FÖRDERER

Adickes-Stiftung über Goethe-Universität Frankfurt/GRADE	Promovierendenunterstützung
Alexander-von-Humboldt-Stiftung	Bundeskanzler-Stipendium
Auswärtiges Amt	Förderung des akademischen Nachwuchses im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung, Nichtverbreitung
Auswärtiges Amt	Studie im Namen des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung
Bundesministerium des Innern und für Heimat	PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen; PrEval Zukunftswerkstätten
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ (TraCe)
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Compliance und Enforcement von CBW-Verbotssnormen
Bundesministerium für Bildung und Forschung	KURI – Konfigurationen von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam
Bundesministerium für Bildung und Forschung	RADIS – Transfervorhaben Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Kompetenznetz „African Non-Military Conflict Intervention Practices“ (ANCIP) – Sondergesandte und Zivilgesellschaft
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Legitimitätspolitik durch Dialogforen? Die Weltwirtschaftsinstitutionen und ihre Kritiker
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Elite Management and Ethnic Conflict in Sub-Saharan Africa

Deutsche Forschungsgemeinschaft	Demokratie jenseits legitimen Zwangs: Tödliche Gewaltanwendung durch die Polizei in den Philippinen und Brasilien
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Lokale Wahrnehmungen regionaler Interventionen: AU und ECOWAS in Burkina Faso und Gambia
Deutsche Forschungsgemeinschaft	Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig
Deutsche Stiftung Friedensforschung	Widerstände und Rückschritte in der Realisierung von gendersensiblen Menschenrechten im Peacebuilding
Deutsche Stiftung Friedensforschung	Friedensgutachten 2022
Europäische Union – Horizon Europe	VORTEX – Coping with Varieties of Radicalization into Terrorism and Extremism
Europäische Union	Non-Proliferation and Disarmament Consortium (Teilprojekte E-Learning Course on Non-Proliferation, Disarmament and EU Policies und EU Non-Proliferation and Disarmament Internships)
Fondation Avec et Pour Autres	ACONA – Die Arms Control Negotiation Academy
Fondation Avec et Pour Autres	Coercion in Peacebuilding
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst über Goethe-Universität Frankfurt	ConTrust – Vertrauen im Konflikt. Politisches Zusammenleben unter Bedingungen der Ungewissheit
Leibniz-Gemeinschaft	Drifting Apart: Internationale Institutionen in der Krise und das Management von Dissoziationsprozessen
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz-Forschungsnetzwerk „Integrierte Erdsystemforschung“
Leibniz-Gemeinschaft	Leibniz Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“
Stiftung Ökohaus Frankfurt	Der Einfluss der Belt-and-Road-Initiative auf Konfliktstaaten
Stadt Frankfurt am Main	Debattierkünstler*innen
Verband der Diözesen Deutschlands KÖR	Erstellung des Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung 2022
VolkswagenStiftung	Streit um sozioökonomische Reformen: Politische Konflikte und gesellschaftliche Proteste in Ägypten und Tunesien nach 2011 im interregionalen Vergleich

FEMINISTISCHE FRIEDENSFORSCHUNG

GENDER, Diversität, KONFLIKT



Gender, Diversität und Konflikt ist ein vergleichsweise junges Querschnittsthema in der Forschung von PRIF. 2022 hat sich in diesem Bereich einiges bewegt: Eine PRIF-Blogreihe versammelt seit 2022 diverse feministische Perspektiven. Ein neues Projekt erforscht den Umgang mit Rückschritten bei der Realisierung gendersensibler Menschenrechte im Peacebuilding. Nicht zuletzt war feministische Friedensforschung auch Thema im Friedensgutachten und weiterer Aktivitäten im Bereich Politikberatung und Transfer.

Die Auswirkungen von Kriegen und Konflikten können sich für Menschen je nach Geschlecht und sexueller Orientierung stark unterscheiden. Beispielsweise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden die geschlechtsspezifischen Rollen im Krieg stark diskutiert. So sind überwiegend Frauen, oft mit Kindern oder älteren Angehörigen, auf der Flucht, während Männer das Land nicht verlassen dürfen. Diese unterschiedlichen Dynamiken lassen sich erst mit einem geschlechtsspezifischen Fokus erkennen. Gleichzeitig dient feministische Forschung dazu, häufig unhinterfragte Klischees aufzubrechen. Auch am Beispiel der Ukraine zeigt sich, dass Frauen im Krieg nicht nur Opfer sind. Einerseits übernehmen sie Pflegetätigkeiten und sind besonders vulnerabel, wenn Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt wird. Andererseits füllen sie aber auch eine Vielzahl von Rollen aus, z.B. als Kämpferinnen, Aktivistinnen und Verhandlerinnen.

Besonders hart wirken sich Kriege häufig auf Personen aus der LGBTIQ* Community aus. Auch Personen, die entlang anderer Dimensionen diskriminiert werden, beispielsweise aufgrund rassistischer Zuschreibungen oder wegen einer Behinderung, sind besonders gefährdet. Deshalb reicht der Blick auf Geschlecht allein nicht aus. Eine intersektionale feministische Analyse, das heißt eine Analyse, die verschiedene Formen von Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung in den Blick nimmt, eröffnet eine Vielzahl neuer Perspektiven auf die Themengebiete in der Friedens- und Konfliktforschung.

Feministische Friedensforschung: Reihe auf dem PRIF Blog

Seit Mai 2022 versammelt die Reihe „Feministische Friedensforschung“ auf dem PRIF Blog feministische Perspektiven auf eine Vielzahl von Themenfeldern. Die Reihe wird von Simone Wisotzki und Victoria Scheyer in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wissenschaftskommunikation herausgegeben. Die Analysen auf dem Blog betreffen z.B. Bereiche wie Außen- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Flucht und Migration, sowie gesellschaftspolitische Fragen und soziale Gerechtigkeit.

Die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ (UN-Resolution 1325) fordert die Mitgliedstaaten der UN dazu auf, Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten besonderen Schutz zu gewähren und die politische Teilhabe von Frauen in Friedensverhandlungen, Konfliktmediation und im Wiederaufbau zu stärken. Zur Umsetzung stellt jedes Land einen eigenen Nationalen Aktionsplan auf. Doch was bedeutet es, den Nationalen Aktionsplan an die Bedürfnisse einer Bevölkerung im Krieg anzupassen? Der Beitrag von PRIF-Forscherin Hanna Manoilenko beleuchtet, wie diese Aufgabe in der Ukraine während des Angriffskriegs angegangen wird und formuliert Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft.

BLOGREIHE



Auch der Beitrag von Gastforscherin Xie Peixuan fokussiert die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“. Der Staatsstreich in Myanmar 2021 verursachte Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt. Xie Peixuan zeichnet in ihrem Artikel die feministischen Widerstandsbewegungen nach und argumentiert, dass die UN-Resolution 1325 nicht ausreicht, um den Kampf effektiv zu unterstützen.

Die am PRIF assoziierte Forscherin Farnaz Dezfouli-Asl wirft in ihrem Beitrag einen Blick auf die Proteste im Iran. Der Kampf um Frauenrechte, so argumentiert sie, verbindet dabei ganz unterschiedliche Gruppen und soziale Klassen und dient als Ausgangspunkt für eine viel breitere Bewegung, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fordert.

Im Jahr 2022 sind die ersten acht Beiträge erschienen, die Reihe wird 2023 weitergeführt.

Friedensgutachten 2022: Wie kann feministische Außenpolitik gelingen?

Unter dem Titel „Gender, Diversität und Gewalt“ befasst sich auch das zweite Kapitel des Friedensgutachtens 2022 mit feministischen Perspektiven auf Konflikte und Friedensförderung. Die Autor*innen, darunter die PRIF-Forscherinnen Simone Wisotzki, Victoria Scheyer und Clara Perras, weisen auf die Rolle geschlechtsspezifischer Gewalt auf allen Ebenen hin, angefangen bei häuslicher Gewalt bis hin zu zwischenstaatlichen Konflikten. Darüber hinaus formulieren sie Erfolgsbedingungen für eine feministische Außenpolitik.

Damit feministische Außenpolitik gelingen kann, so die Autor*innen im Friedensgutachten, muss sie es vermeiden, Geschlechterstereotype und Rassismen zu reproduzieren. Dazu gehören nicht nur traditionelle Geschlechterrollen, wie die Charakterisierung von Frauen als „Opfer“ ohne eigene Handlungsmacht. Auch eine paternalistische Auffassung von Entwicklungszusammenarbeit, welche die Welt in „Geber“ und „Nehmer“ unterteilt, muss vermieden werden.

Patriarchale Strukturen sind eng verbunden mit militärischen Logiken. Daher kann die breite gesellschaftliche Akzeptanz solcher normativen Vorstellungen von Geschlechterrollen dazu dienen, einen imperialen Führungsanspruch zu legitimieren, wie sich am Beispiel der russischen Politik zeigen lässt. Doch die Autor*innen weisen darauf hin, dass es auch in den NATO-Staaten Defizite gibt. Schließlich braucht es im Gegenzug auch eine feministische Innenpolitik.



Ohne feministische Innenpolitik ist gesellschaftlicher Frieden gefährdet und feministische Außenpolitik nicht glaubwürdig. | *Friedensgutachten 2022*, S. 85.

Interview mit **SIMONE WISOTZKI**

Dr. habil. Simone Wisotzki ist Projektleiterin am Programmbereich „Internationale Sicherheit“. Sie forscht zu humanitärer Rüstungskontrolle, Rüstungsexporten und Geschlechterperspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung.



Seit März 2022 arbeiten Sie an dem Projekt „Widerstände und Rückschritte in der Realisierung von gendersensiblen Menschenrechten im Peacebuilding“, das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert wird. Worum geht es?

Wir haben verschiedene Akteur*innen danach gefragt, inwieweit sie in Ihrer täglichen Projektarbeit Widerstände und Rückschritte erleben, wenn es darum geht, geschlechtersensible Menschenrechte in der Friedensförderung umzusetzen. Wir waren doch erstaunt und entsetzt, wie umfangreich diese Widerstände ausfallen und gerade die Aktivist*innen häufig Gewalt bis hin zu Todesdrohungen erfahren. Geschlechtersensible Friedensarbeit erlebt erhebliche Rückschritte und das weltweit!

Der Begriff „Feministische Außenpolitik“ hat in den letzten Jahren deutlich an Prominenz gewonnen. Sehen Sie hier Fortschritte?

Es ist gut, dass mit der feministischen Außenpolitik die Problematik von Geschlechterhierarchien und Ungleichheiten mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt. Doch die feministische Außenpolitik ist nur so gut wie ihre konkrete Umsetzung. Deutschland muss hier noch erheblich mehr tun. Es fehlt auch eine feministische Innenpolitik. Hierzu gehört auch eine Migrationspolitik, die geschlechtsspezifische Fluchtursachen berücksichtigt. So werden gerade in Afghanistan Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und bei Widerstand mit dem Tod bedroht. Aber auch LGBTIQ* sind weltweit gefährdet und entschließen sich aufgrund dieser geschlechtsspezifischen Gefährdung zur Flucht.

WELTWEIT vernetzt




Unsere Gastforschenden 2022

Brian Christopher Rathbun (Gastprofessor)

University of Southern California Dornsife, USA

Manuel Herrera Universidad Rey Juan Carlos, Madrid, Spanien

Celine la Cour Universität Kopenhagen, Dänemark

Lucy Maycox University of Oxford, UK

Steven Silva Salazar Universidad Externado de Colombia, Kolumbien

Shimaa El Sharkawy Universität Kairo, Ägypten

Cecilia Ducci Universität Bologna, Italien

Luciana Jáuregui Jinés Autonomous National University, Mexiko

Xie Peixuan UNDP/Peking University, China

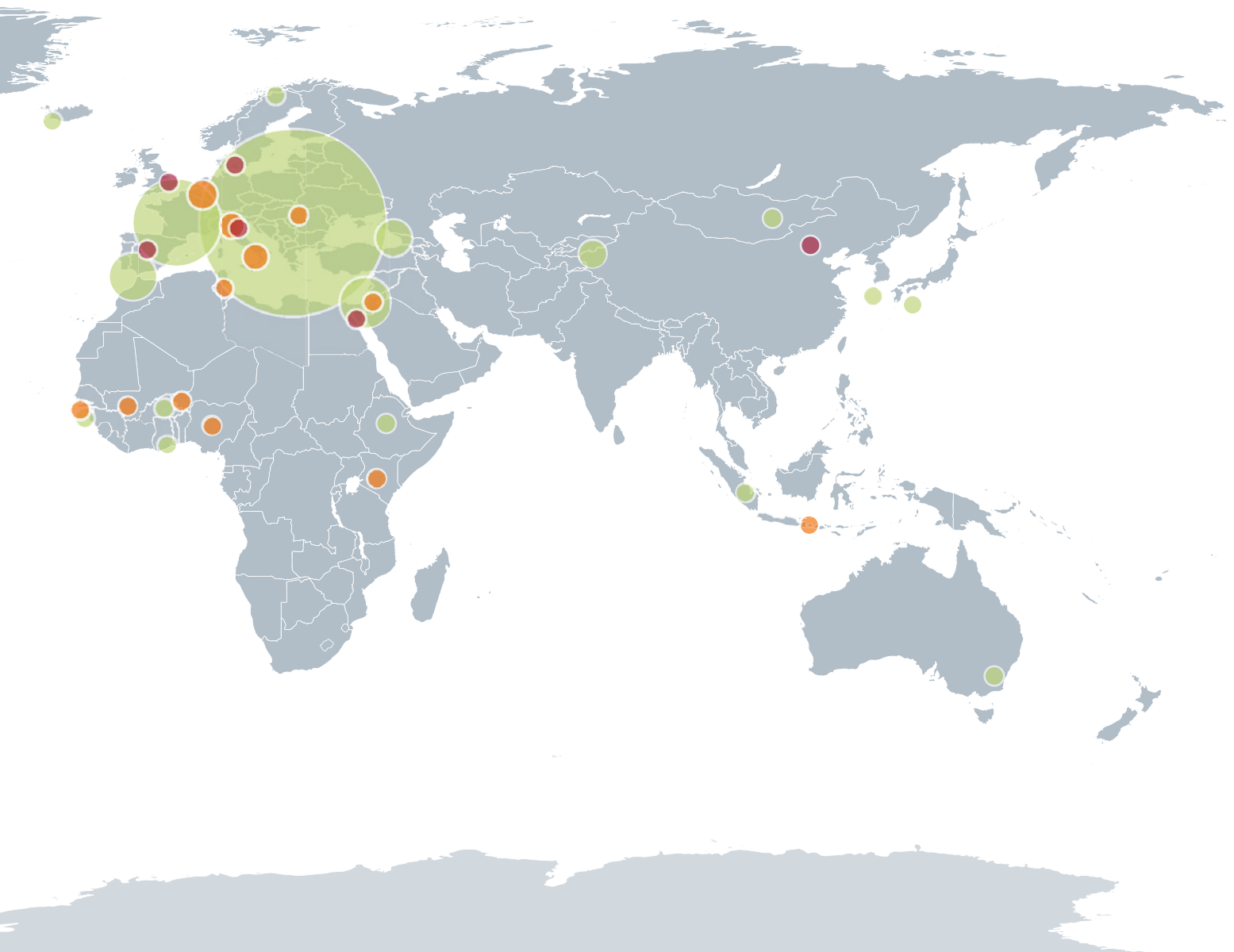
Nadine Sika American University in Cairo, Ägypten



163 Kooperationen

26 Forschungsaufenthalte

10 Gastforschende



STIFTUNGSRAT

Angela Dorn, Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst (Vorsitz),
wird dauerhaft vertreten durch Staatssekretärin Ayse Asar

Boris Rhein, Hessischer Ministerpräsident

Dr. Uta Grund, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Dr. Christina Norwig, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt

Prof. Dr. Enrico Schleiff, Präsident der Goethe-Universität Frankfurt

Dr. Paula Macedo Weiß

Martin Kobler, Botschafter a.D.

mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen teil:

Prof. Dr. Tanja Börzel, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des PRIF

Dr. Niklas Schörnig, Vorsitzender des Forschungsrats

**PROGRAMMBEREICH I:
INTERNATIONALE
SICHERHEIT**

Leitung: Prof. Dr. Christopher Daase

**FG Rüstungskontrolle und
Emerging Technologies:**

Dr. Niklas Schörnig (Koordination)

**EU Non-Proliferation and
Disarmament Consortium:**

Prof. Dr. Christopher Daase (Leitung)

Dr. Niklas Schörnig (Koordination)

**PROGRAMMBEREICH II:
INTERNATIONALE
INSTITUTIONEN**

Leitung: Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

FG Völkerrecht:

Prof. Dr. Thilo Marauhn (Leitung)

Leibniz-Forschungsnetzwerk (LFN)

„Umweltkrisen – Krisenumwelten“:

Dr. Stefan Kroll (Koordination)

QUERSCHNITTSBEREICH WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION:**VERWALTUNG:**

VORSTAND

Geschäftsführung: Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
Stellv. Geschäftsführung: Prof. Dr. Christopher Daase
Admin. Geschäftsführung: Susanne Boetsch
Dauerhafte Mitglieder: Dr. Sabine Mannitz,
 Prof. Dr. Jonas Wolff
vom Forschungsrat gewählte Mitglieder:
 Dr. Dirk Peters, Dr. Caroline Fehl
IT-Leitung (Stabsstelle d. Geschäftsführung):
 Lars Mausehund
Wiss. Referentinnen: Dr. Cosima Glahn, Helena Hirschler
Referentin für Gremien und Reporting: Susanne Borchert

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Tanja Börzel (Vorsitzende), Berlin
 Prof. Dr. Bernhard Zangl
 (stellvertretender Vorsitzender), München
 Prof. Dr. Matthias Basedau, Hamburg
 Prof. Dr. Annika Björkdahl, Lund
 Prof. Dr. Mirjam de Bruijn, Leiden
 Prof. Dr. Charlotte Heath-Kelly, Warwick
 Prof. Dr. Maria Rost Rublee, Melbourne
 Prof. Dr. Arlene Tickner, Bogotá
 Prof. Dr. Wolfgang Wagner, Amsterdam
 Prof. Dr. Daniel Ziblatt, Berlin

FORSCHUNGSRAT

Vorsitz: Dr. Niklas Schörnig
Stellv. Vorsitz: Dr. Regine Schwab, Dr. Daniel Mullis

PROGRAMMBEREICH III: TRANSNATIONALE POLITIK

Leitung (komm.):
 Prof. Dr. Nicole Deitelhoff/
 Prof. Dr. Christopher Daase
FG Terrorismus:
 Prof. Dr. Hanna Pfeifer
 (Leitung)
FG Radikalisierung:
 Prof. Dr. Julian Junk (Leitung)

PROGRAMMBEREICH IV: INNERSTAATLICHE KONFLIKTE

Leitung: Prof. Dr. Jonas Wolff
Forschungsnetzwerk „Externe Demokratisierungspolitik“ (EDP):
 Prof. Dr. Jonas Wolff (Leitung)

PROGRAMMBEREICH V: GLOKALE VERFLECHTUNGEN

Leitung: Dr. Sabine Mannitz
Nachwuchsgruppe African Intervention Politics:
 Dr. Antonia Witt (Leitung)
Leibniz-Forschungsverbund (LFV) „Historische Authentizität“:
 Dr. Sabine Mannitz (Leitung)
LFV „Wert der Vergangenheit“:
 Dr. Sabine Mannitz

Leitung:
 Dr. Stefan Kroll

Leitung Berliner Büro:
 Prof. Dr. Julian Junk

Leitung Bibliothek:
 Dr. Andreas Heinemann

Leitung: Susanne Boetsch (Beauftragte für den Haushalt)

STUDIE ZU MALI UND NIGER

EINSATZ FÜR DEN Frieden?



Welche Lehren können wir aus dem deutschen Engagement in Mali und Niger ziehen? Dieser Fragestellung widmet sich die Studie „Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Regierungshandeln: Lehren aus Mali und Niger“, die von Antonia Witt und Simone Schnabel unter Mitarbeit von Baba Dakono und Abdoul Karim Saidou verfasst wurde. Die Studie entstand im Auftrag des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung (siehe Infobox). In über 100 leitfadensbasierten Interviews sprachen die Forscher*innen mit Ressortvertreter*innen, Durchführungsorganisationen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Deutschland, Mali und Niger.

Mit dem Scheitern des Einsatzes in Afghanistan wurde die Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr neu entfacht. Welche kurz- und langfristigen Ziele sollte das zivile und militärische Engagement Deutschlands in Konfliktregionen verfolgen? Lassen diese sich überhaupt erreichen? Und welche Lehren sollten aus dem Scheitern in Afghanistan gezogen werden? Auch das deutsche Engagement im Sahel stand vor diesem Hintergrund in der Diskussion.

Die Sahelzone ist einer der weltweiten Brennpunkte der Gewalt. Verschiedene islamistische Gruppierungen sind dort aktiv, die die Abwesenheit staatlicher Strukturen vor allem in den peripheren Grenzregionen ausnutzen und lokale Konfliktdynamiken befeuern. Große Teile Malis gelten als Epizentrum der Gewalt im Sahel, zusätzlich zu einer seit 2012 andauernden politischen Krise, die das Misstrauen gegenüber dem Staat und Eliten im Süden des Landes weiter vertieft hat. Obwohl Niger lange Zeit als Stabilitätsanker der Region galt, hat auch dort die Gewalt insbesondere in Grenzregionen zugenommen.

Deutschland ist zum Zeitpunkt der Studie in beiden Ländern in vielfältiger Weise friedenspolitisch engagiert. Neben der Ende 2023 auslaufenden Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA und bis 2022 an der

EU-Trainingsmission EUTM Mali geht es beispielsweise um humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen zur Konfliktprävention. Zusätzlich zu den sogenannten „Kernressorts“ Auswärtiges Amt (AA), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ist auch das Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) in beiden Ländern mit Personal vertreten. Vier weitere Ministerien investieren dort in verschiedene Projekte.

Die 2017 verabschiedeten Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ (siehe Infobox) sollen als strategischer Kompass für Deutschlands Engagement in Konfliktregionen wie dem Sahel dienen. Doch inwieweit orientiert sich das deutsche Regierungshandeln in Mali und Niger tatsächlich an diesem Leitbild? Gelingt es mit all den unterschiedlichen Maßnahmen, nachhaltigen Frieden zu fördern?

Die Autorinnen der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass das friedenspolitische Leitbild der Bundesregierung nur unzureichend umgesetzt wird. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ressorts: Zwar wird eine Breite an Instrumenten zur Koordination genutzt, z.B. Gremien wie der Arbeitsstab Sahel im AA und die „Nordrunde“ in Mali. Diese Formate erreichen

INFOBOX

BEIRAT ZIVILE KRISENPRÄVENTION UND FRIEDENSFÖRDERUNG

Der Beirat bündelt zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertise zur Krisenprävention und Friedensförderung und berät die Arbeit der Bundesregierung. Die zwanzig Mitglieder des Beirats kommen aus den Bereichen der internationalen Zusammenarbeit, Wissenschaft, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen und sind auf vier Jahre berufen. Der Beirat begleitet die Umsetzung der 2017 von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“.

Die Leitlinien sollen als strategischer Kompass für Deutschlands Engagement in Krisen- und Konfliktkontexten dienen. Sie definieren einerseits Strukturen und Prozesse für ein ressortgemeinsames Handeln der Bundesregierung. Andererseits legen sie inhaltliche Handlungsprinzipien fest, wie den Schutz von Menschenrechten, eine langfristige Orientierung und den Vorrang der Prävention.



Über die Autorinnen

Dr. Antonia Witt ist Senior Researcher am Programmbereich „Glokale Verflechtungen“ und leitet die Forschungsgruppe „African Intervention Politics“.

Simone Schnabel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin in der Forschungsgruppe „African Intervention Politics“ und am Programmbereich „Glokale Verflechtungen“.



aber nur einen Teil der insgesamt acht Ministerien, die in den beiden Ländern aktiv sind.

Insbesondere fehlt es an einer politischen Gesamtstrategie für beide Länder, welche die in den Leitlinien vorgeschriebenen inhaltlichen Ziele für den spezifischen Kontext operationalisiert. Durch diese Leerstelle entstehen gerade im Kontext des multilateralen Engagements, wie in den Missionen der UN und EU, strategische Abhängigkeiten von anderen Akteuren wie Frankreich, die eigene Interessen verfolgen. Zielsetzungen und Wirkungslogiken von multilateralen und bilateralen Projekten stehen oft im Widerspruch zueinander – eine Inkohärenz, die auch von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort wahrgenommen wird.

Die Studie identifiziert eine Reihe von Faktoren, die für das Ziel der Förderung nachhaltigen Friedens förderlich bzw. hinderlich sind. Darauf aufbauend

sprechen die Autorinnen ganz konkrete Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung aus: Dazu zählen neben ressortgemeinsamen Länderstrategien auch die personelle Aufstockung und stärkere strategische Einbindung der Botschaften. Für Mali empfehlen sie, das deutsche Engagement auf die Stärkung nationaler und lokaler Strukturen zur Konfliktregelung auszurichten. Dazu zählt insbesondere die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von Straflosigkeit. Für Niger empfehlen die Autorinnen einen stärkeren Austausch mit der Zivilgesellschaft vor Ort.

Die aktuellen Entwicklungen im Sahel zeigen, dass es in Zukunft umso wichtiger sein wird, Lehren aus den Erfahrungen in Mali und Niger zu ziehen und das zukünftige Engagement strategischer daran auszurichten, wie und mit wem der größtmögliche Nutzen für die Förderung nachhaltigen Friedens in der Region erzielt werden kann.

WEITERLESEN



Schnabel, Simone/Witt, Antonia: Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Regierungshandeln: Lehren aus Mali und Niger. Herausgegeben vom Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Studie 5. Berlin, 2022.

Schnabel, Simone/Witt, Antonia: Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Engagement in Mali und Niger? Fünf Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung, PRIF Blog, 8. September 2022.

BIBLIOTHEK in Zahlen



BESTAND:

63.130 Bücher darunter
3.119 E-Books (ohne Nationallizenzen)

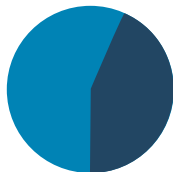
ca. **8.830** gebundene Zeitschriftenbände

über **70.000** Dokumente grauer Literatur

NEUERWERBUNGEN:

626

Titel in print

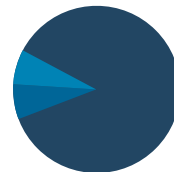


561 E-Books

OPEN ACCESS:

1 Sammelwerk

1 Monografie



18 begutachtete
Zeitschriftenaufsätze
(83%)

PRIF BUDGET



HMWK:

5.085.400 €

Stadt Frankfurt:

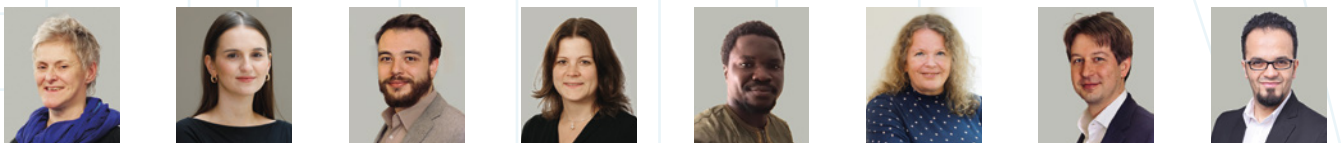
33.400 €

Drittmittel: ca.

3.191.144 €



UNSER Team





INTERNATIONALE INSTITUTIONEN IN DER KRISE

INSELN DER **Kooperation** SUCHEN



Welche Faktoren bestimmen darüber, ob das Ausscheiden eines Staates aus einer Institution einen Konflikt weiter eskaliert oder nicht? Darauf fokussierte das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Drifting Apart: Internationale Institutionen in der Krise und das Management von Dissoziationsprozessen“, das 2022 erfolgreich mit einem Special Issue abgeschlossen wurde.

Internationale Institutionen sind in der Krise. Immer wieder distanzieren sich einzelne Staaten von gemeinsamen Regeln und Werten und scheren aus einer gemeinsamen Institution aus. Diese „Dissoziationsprozesse“ vollziehen sich in unterschiedlichen Formen, sei es, dass ein Staat sich aus einer Institution zurückzieht oder ausgeschlossen wird (wie z. B. beim Brexit oder auch Trumps Austritt aus dem internationalen Klimaschutzabkommen), sei es, dass ein Staat zwar formal in der Institution verbleibt, sich aber de facto nicht mehr an deren Normen und Regeln hält (wie z.B. die Distanzierung Russlands aus der europäischen Sicherheitsarchitektur spätestens ab 2007) oder dass ein Staat alternative Institutionen errichtet wie z.B. China und seine neuen Handelsabkommen mit den BRICS-Staaten.

Was aber sind die Folgen solcher Trennungen? Wie wirkt sich der Trennungsprozess auf das Verhältnis zwischen den scheidenden und den in der Institution verbleibenden Staaten aus? Wie in einem Scheidungsprozess können solche Trennungen zu einer Verschärfung der Konflikte und der Differenzen führen. Fragen nach der Schuld an der Trennung und den dadurch verursachten Kosten, ein grundsätzliches Infragestellen der Institution, Kränkungen und Differenzen aus der Vergangenheit können zu einer Eskalation führen. Auf der anderen Seite wäre auch eine Entspannung denkbar. Man geht getrennte Wege, ordnet noch bestehende Verpflichtungen und sorgt für Ausgleich. So könnte man sich zum Beispiel beim Austritt eines Staates aus einer internationalen Organisation auf Ausgleichszahlungen einigen, um den Ausfall seiner Beiträge abzufedern. Über Entschädigungen und Ausgleichsleistungen könnte man schließlich einen Schlussstrich ziehen und entspannter miteinander umgehen.

Je nachdem, wie Staaten diese Trennungsprozesse managen, werden die Weichen gestellt für die zukünftigen Beziehungen und die Sicherheitsarchitektur.

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Drifting Apart: Internationale Institutionen in der Krise und das Management von Dissoziationsprozessen“ setzt seinen Fokus auf das Wie der Dissoziationsprozesse. Nicht die Frage nach dem Warum der Krise der internationalen Institutionen steht im Vordergrund, sondern die Fragen: Welche Faktoren bestimmen, ob die Spannungen und Entfremdungen eskalieren zwischen verbleibenden und ausscherehenden Staaten? Wie wirken sich Trennungsprozesse auf das Verhältnis der Staaten zueinander aus?

Im Rahmen des Leibniz-Forschungsverbunds „Krisen einer globalisierten Welt“ ging ein PRIF-Forscher*innenteam zusammen mit Kolleg*innen aus drei anderen Forschungsinstituten in einer vergleichenden explorativen Studie diesen Fragen nach. Fünf teils historische, teils aktuelle Dissoziationsprozesse bearbeitete das Team:

- den Niedergang der Sicherheitskooperation zwischen Russland und dem Westen seit dem Jahr 2000,
- das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU,
- den Aufbau alternativer Institutionen durch die BRICS-Staaten in der internationalen Finanzkooperation,
- den Zerfall des Warschauer Pakts,
- das Ausscheren des Iran aus der Kooperation mit dem Westen seit Ende der 70er Jahre.

Am Anfang ihrer Forschung stand die Hypothese, dass es zwei Arten von Konflikten gibt in Dissoziationsprozessen, ideelle und Verteilungskonflikte, und dass insbesondere ideelle Konflikte ein großes Eskalationsrisiko in sich tragen. Diese Vermutung konnten die Wissenschaftler*innen bestätigen, aber es gelang ihnen, noch weitere Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Staaten durch Dissoziationsprozesse führen und damit ihr Management erschweren. Nach drei Jahren Projektarbeit stellten sie in einem Special Issue erste Ergebnisse vor.

„ Um eine Ideologisierung von Konflikten zu verhindern, ist es wichtig, nicht nur auf die Durchsetzung der eigenen Werte zu pochen, so problematisch das auch manchmal sein mag, gerade für den Westen. | *Dirk Peters*

Diese bieten wenig Grund für Optimismus. In den meisten Fällen führen die Loslösungsprozesse zu einer Intensivierung des Konflikts. Die Loslösung ist oft in eine schon immer konflikthafte Beziehung eingebettet, der Ausstieg aus der Kooperation ist nur ein weiterer Beitrag zu diesem Konflikt. Und es besteht fast immer die Tendenz, den Konflikt zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zu machen. Oft erschwert innerstaatlicher Druck eine friedliche Regelung, ein Sündenbock muss gefunden werden, um Kosten und Nachteile zu rechtfertigen. Selten gelingt es, die Trennung auf der Verteilungsebene zu behandeln und so durch Entschädigungen und Ausgleichszahlungen einen Schlussstrich zu ziehen.

Bei einem der untersuchten Fälle glückte der friedliche Übergang in eine normalisierte Beziehung, zumindest für eine gewisse Zeit: der Ausstieg der DDR aus dem Warschauer Pakt. Auch hier gab es innerstaatliche Zwänge, der sowjetische Präsident Gorbatschow stand unter gewaltigem Druck, sich nicht auf Verhandlungen einzulassen. Aber es gelang ihm, sich darüber hinwegzusetzen und mit der Bundesrepublik Vereinbarungen über reichhaltige Entschädigungen zu treffen. Es war also grundsätzlich möglich, in der Verhandlungssituation den Konflikt über Vereinbarungen auf materieller Ebene zu lösen und sich nicht auf Wertediskussionen einzulassen. Voraussetzung war allerdings der politische Mut Gorbatschows. Im Nachhinein betrachtet



Über das Projekt

Forschungspartnerinstitute:
German Institute of Global and Area Studies
Hamburg (GIGA), Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF),
Institut für Zeitgeschichte (IfZ).

PRIF-Projektmitglieder: Prof. Dr. Nicole
Deitelhoff (Leitung), Dr. Matthias Dembinski,
Dr. Dirk Peters, Mikhail Polianskii.



WEITERLESEN



Dembinski, Matthias/Peters, Dirk: Drifting Apart: Examining the Consequences of States' Dissociation from International Cooperation – A Framework, in: *Historical Social Research*, 47(2), 2022, 7–32. DOI: 10.12759/hsr.47.2022.14.

Peters, Dirk: Brexit: The Perils of Dissociation by Negotiation, in: *Historical Social Research*, 47(2), 2022, 138–163. DOI: 10.12759/hsr.47.2022.19.

Polianskii, Mikhail: The Perils of Ruxit: Russia's Tension-Ridden Dissociation from the European Security Order, in: *Historical Social Research*, 47(2), 2022, 77–108. DOI: 10.12759/hsr.47.2022.17.

Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: Pluralistic Peace: New Perspectives for the OSCE?, in: *OSCE Insights 2021*, Baden-Baden: Nomos, 2022, 173–183, DOI: 10.5771/9783748911456.

darf aber nicht verschwiegen werden, dass es ihm nicht gelang, eine heimische Koalition zu schmieden, die den Abschluss mitrug und unterstützte. Im Politbüro schwelte der Konflikt weiter mit den bekannten Folgen.

Die Ideologisierung eines Konflikts gießt immer Öl ins Feuer, illustrativ hierfür ist das Beispiel Iran und sein Ausscheren aus der Kooperation mit dem Westen ab den 70er Jahren. Die hochideologisierte Auseinandersetzung mit den USA führte zu ständigen Reibereien und Kriegsdrohungen. Die Bundesregierung dagegen verfolgte weiter ihre Geschäfte mit dem Iran, geriet so nie in eine Hochspannungslage, musste sich aber dem Vorwurf der Doppelmoral stellen.

Was heißt das nun für das Management zukünftiger Konflikte? Und heißt das zwangsläufig, dass eigene Normen in den Hintergrund treten sollten, um eine Eskalation zu vermeiden? Einfache Antworten kann die Wissenschaft nicht bieten. Die Forscher*innen plädieren dafür, Inseln der Ko-

operation zu suchen. Es muss verhindert werden, dass eine Beziehung nur noch unter einem Aspekt wahrgenommen wird und die Überzeugung entsteht, dass man wegen grundsätzlichen ideologischen Differenzen niemals kooperieren kann. Dann ist der Krieg nicht mehr weit. Wichtig ist es stattdessen, Bereiche auszumachen, in denen noch gemeinsame Interessen existieren, die dann zu partieller Kooperation führen können. Auf keinen Fall sollten die Werte, die ein Regime vertritt, ausschlaggebend für alle Gebiete der Kooperation sein. Das muss in der Konsequenz nicht heißen, die eigenen Werte nicht mehr zu vertreten, sondern man vermeidet, die gesamte Beziehung unter den Maßstab dieser Werte stellen. So sollte beispielsweise durchaus für Menschenrechte eingetreten werden, aber ohne den Anspruch, sie in einem anderen Land durchzusetzen. Man kann sie thematisieren und auch Werbung für sie machen, sollte aber nicht aufhören, mit einer Regierung zu interagieren, weil sie anderen Normen folgt, sonst landet man schnell bei einer Polarisierung der Beziehung und zwischenstaatlichen Konflikten.

FRIEDENSGUTACHTEN 2022

WIE WIRKEN

Sanktionen?

Mit ihrem Angriffskrieg auf die Ukraine hat die russische Führung Leid und Zerstörung über die Menschen im Land gebracht. Zugleich erschüttert die Aggression die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Die Auswirkungen des Krieges sind weiterhin weltweit zu spüren. Das Friedensgutachten 2022 nahm zu zentralen Fragen Stellung: Was hat zu diesem Krieg geführt und welche Möglichkeiten gibt es, der Logik von Konfrontation, Gewalt und Krieg zu entkommen?

Die Empfehlungen der Herausgeber*innen an die Bundesregierung legten dar, wie der Politik der Spagat zwischen Wehrhaftigkeit und Druck auf der einen und Friedensfähigkeit auf der anderen Seite gelingen könnte. So lag auch der Fokus im Friedensgutachten auf der Notwendigkeit eines neuen Konzepts europäischer Sicherheit nach der „Zeitenwende“. Dieses sollte Verteidigungsfähigkeit mit einer langfristigen Perspektive auf zukünftige kooperative Sicherheitsstrukturen und dauerhaften Frieden verbinden.

ERFOLG UND MISSERFOLG VON SANKTIONEN

Das Friedensgutachten unterstrich in seinem Kapitel 4 „Institutionelle Friedenssicherung“ gezielte Sanktionen als wirkmächtiges politisches Mittel – wenn sie in den Kontext einer Gesamtstrategie eingebettet werden. In den letzten Jahren haben die EU und Deutschland zunehmend Sanktionen oder die Androhung von Sanktionen genutzt. Die Sanktionen, die der Westen bereits kurz nach dem Angriff auf die Ukraine gegen Russland verhängt hat, sind in ihrer Härte und in der

INFOBOX

DAS FRIEDENSGUTACHTEN

Das Friedensgutachten ist die seit 1987 jährlich erscheinende Publikation, die PRIF gemeinsam mit dem Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen herausgibt. Die führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute analysieren darin aktuelle internationale Konflikte, zeigen Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf und geben klare Empfehlungen für die Politik. Interdisziplinäre Autor*innenteams aus Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Physik und Religionswissenschaften arbeiten zusammen an den fünf wiederkehrenden Themenkapiteln und bringen dabei verschiedene Blickwinkel ein: Bewaffnete Konflikte, Nachhaltiger Frieden, Rüstungsdynamiken, Institutionelle Friedenssicherung und Transnationale Sicherheitsrisiken. Die Redaktionsleitung hat Dr. Claudia Baumgart-Ochse inne.

2022 / Friedensfähig in Kriegszeiten / friedensgutachten

Geschwindigkeit ihrer Umsetzung jedoch präzedenzlos. Gemeinsam mit den Waffenlieferungen an die Ukraine bilden sie den Versuch, eine Niederlage der Ukraine zu verhindern, ohne direkt in den Krieg einzugreifen. Als außenpolitisches Instrument sollen sie so dem Zweck dienen, Druck auf den russischen Aggressor auszuüben und ihn zu ernsthaften Verhandlungen zu bewegen. Die Sanktionen gegen Russland sind also Teil einer übergreifenden Strategie.

Sanktionen gegenüber Großmächten wie Russland führen dabei nicht unmittelbar zu Verhaltensänderungen. Sie können stattdessen mittel- und langfristig ihre Wirkung entfalten, indem sie Handlungsspielräume einschränken, so die

Ausführungen im Friedensgutachten. Dabei sollen sie auch als normatives Mittel begriffen werden, um andere Staaten davon abzuhalten, ebenfalls die internationalen Regeln zu verletzen.

Sanktionen allein können zudem keine Krisen lösen und im schlechtesten Fall sogar Notlagen verschärfen und politische Repression und Korruption befördern. Deshalb hielten die Wissenschaftler*innen fest: Sanktionen sind nicht voraussetzungs- oder kostenlos. Um ihren Zweck zu erfüllen, müssen ihre Ziele klar kommuniziert werden, so dass Erfolgskontrollen möglich sind.

Weiterhin müssen sie im Sinne einer wertebasierten Außenpolitik klare Exit-Strategien und

WEITERLESEN



Zwischenziele umfassen sowie eine umsichtige Kalkulation humanitärer Folgen, um sicherzustellen, dass Sanktionen die Ausgangslage nicht weiter verschlechtern. Koordiniert wurde Kapitel 4 von Nicole Deitelhoff und Anton Peez, weiterhin waren von Institutsseite Pascal Abb und Christopher Daase beteiligt.

In weiteren Kapiteln beschäftigen sich die Autor*innen des Friedensgutachtens mit den Herausforderungen friedlicher Konfliktbearbeitung, mit der Bedeutung von feministischer

Außenpolitik, mit Eskalationsrisiken des nuklearen Rüstungswettlaufs und der ambivalenten Stellung von Sicherheitsinstitutionen in Demokratien.

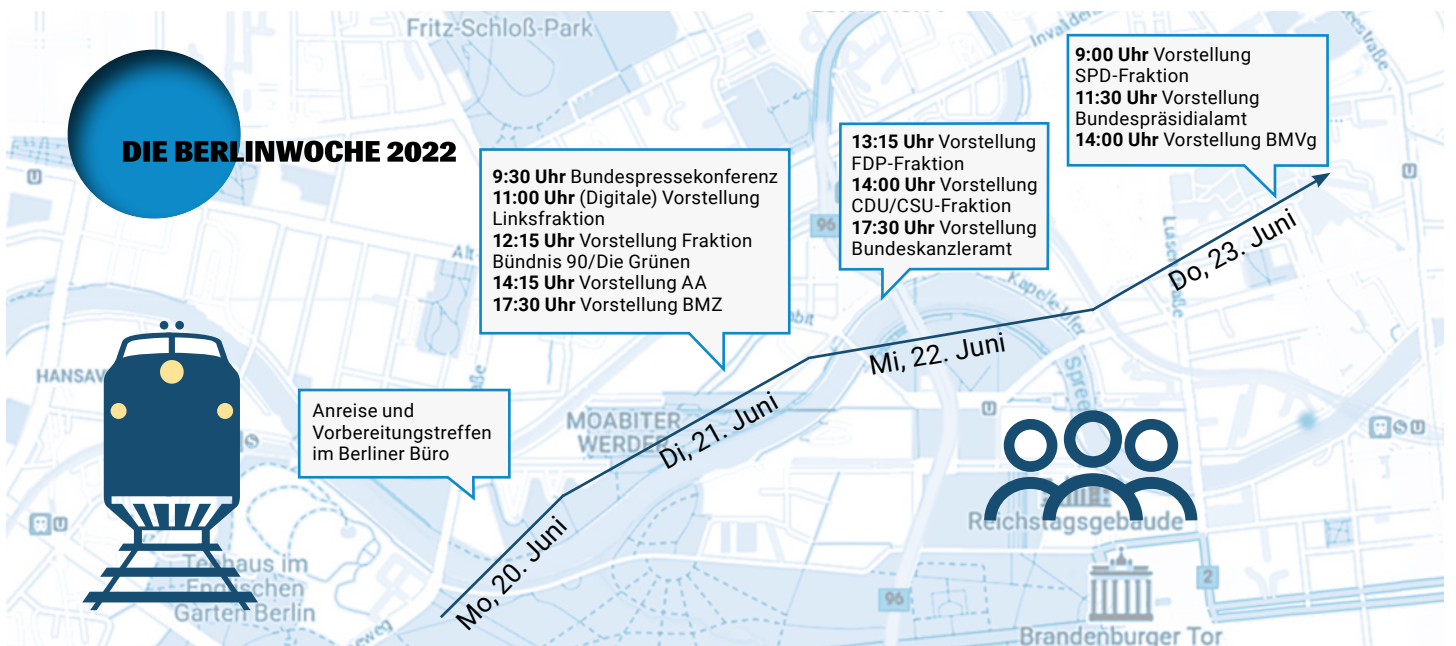
DAS FRIEDENSGUTACHTEN IM DISKURS

Mit dem Friedensgutachten verfolgen die beteiligten vier Friedensforschungsinstitute das Ziel, durch konkrete Handlungsempfehlungen für Bundestag und Bundesregierung ein zentrales Medium für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft anzubieten. Die im Anschluss auf die Vorstellung bei der Bundespressekonferenz folgenden Termine bei Fraktionen und Ministerien, im Bundeskanzleramt und Bundespräsidialamt sind fest etabliert und der Austausch gegenseitiger Expertise wird beidseitig geschätzt. So kann konstruktiv zu aktuellen



Fragen beraten und auch kritisch über die Empfehlungen diskutiert werden. Über Veranstaltungen in Kooperation mit Stiftungen, Kultur- und Bildungsstätten, den Kirchen und Zentralen für politische Bildung wird gleichzeitig gezielt der Dialog mit der Öffentlichkeit gesucht.

Medial fand das Friedensgutachten auch 2022 große Resonanz. Neben zahlreichen Berichterstattungen etwa in etablierten Printmedien und im Hörfunk, wurde das Friedensgutachten in einem speziellen Themendossier von ZDF heute verarbeitet und im reichweitenstarken Podcast JUNG&naiv besprochen.



Impressum

**PRIF – LEIBNIZ-INSTITUT
FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG**

Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt a. M.
info@prif.org | www.prif.org

HERAUSGEBERIN: Prof. Dr. Nicole Deitelhoff,
Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands

REDAKTION: Elisabeth Waczek, Karin Hammer

BEITRÄGE: Elisabeth Waczek, Karin Hammer,
Yvonne Blum, Tina Cramer, Laura Friedrich

GESTALTUNG: Anja Feix (www.gruebefabrik.de)

FOTOS: Fotos der Mitarbeitenden: PRIF/Uwe Dettmar;
Foto von Christopher Daase: Stefan Boness/IPON;
S. 8: Zidanhalap/Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0;
S. 10: © picture alliance / REUTERS | MUZAFFAR
SALMAN; S. 14: Anja Feix; S. 22: Patrick Tomasso,
Unsplash; S. 23: TraCe; S. 25: scossargilbert, flickr, CC
BY 2.0 (bearbeitet); S. 28: Omar Elsharawy, Unsplash
(bearbeitet); S. 32: Alexey_Hulsov, Pixabay; S. 40:
UN Photo/Marco Dormino, flickr, CC BY-NC-ND 2.0;
S. 51: Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf;
S. 52: PRIF.

viachin, protest
KOOPER
france
Chaos
Anknkt
OLOG
Frieden Tre
PROT
mation